

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illust. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1608. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Mittwoch, den 26. September 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Seid auf dem Posten bei den heutigen Gewerbegerichts-Wahlen!

Abonnements-Einladung.

Wir ersuchen alle unsere Freunde und Genossen, nach Kräften für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises thätig zu sein. Es ist das eine Parteipflicht. Die Hauptstärke einer Partei liegt in ihrer Presse — je mehr Leser ein Blatt hat, desto größere Macht hat es, und je größer die Macht der Parteipresse, desto größer die Macht der Partei. Wer dem Partei-Organ neue Leser zuführt, stärkt sonach die Partei.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Quartals-Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außer halb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.)

Nach Beendigung des Romans: Der Jude von Spindler, werden wir — spätestens am 1. Oktober — mit dem Abdruck der

Erinnerungen eines Kommunarden

beginnen, die uns mitten in die gewaltigste moderne Geschichts-Periode versetzen, und den Heldenkampf der Kommune, erzählt von einem der Kämpfer, an uns vorüberziehen lassen. Die Uebersetzung, aus der Feder Rudorfs, des Dichters der Arbeiter-Marxistische, hat das ganze Leben des französischen Originals.

Den in Aussicht gestellten Roman, welcher die Ereignisse der Märzrevolution, und namentlich der Volks-erhebung in Berlin behandelt, werden wir, um die Aktualität und das Interesse zu erhöhen, erst im nächsten Frühjahr, also gewissermaßen zu den Gedenktagen der vorgeführten Ereignisse veröffentlichen — eine Anordnung die sicherlich die Billigung unserer Leser finden wird.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

Vergebens mahnte der vorsichtiger Jodid ab; Hornberg polterte aus allen Kräften mit den Knämen auf den Eichentisch, bis endlich Brändling erschrocken zur Thüre herein sprang. Der Mann hatte zwar in der Freude über Heinrichs willkommene Botschaft, so wie in der heimlichen Seelenangst vor der kommenden Nacht, ebenfalls viele Schlucke über den Durst gethan, und wankte unsicher auf seinen Beinen umher, aber die Sorge für die Sicherheit seines Hauses und seiner Gäste verließ ihn selbst in diesem Zustande nicht. „Um der ewigen Barmherzigkeit willen!“ rief er: „Ihr Herren, macht doch nicht des Lärmens so viel. Die Trinker in der Stube werden aufmerksam werden, und wissen wollen, wer dahinten also rumort. Und denkt mal; wer Euch also sähe, bewehrt und bewaffnet, wie Ihr seid...“ — „Galt's Maul, Hund!“ fuhr ihn der Hornberger an: „Schenk ein! wir sind die Herren, Du der Knecht, und nicht lange währt's, so haben wir ganz Frankfurt unter unserer Sohle. Schaff Wein herbei, und sei nicht lässig im Dienst, sonst schneide ich Dir, — Gott verdamme meine arme Seele, — für jede Kanne einen Kerbstrich in Dein Hunde-Anltz, daß Du aussehest, so wie ein bemalter Turnierpfahl. Wein, Schürke! Wein!“ — „Wasser unter'm Wein! Wasser darunter!“ flüsterte Jodid dem erschrockenen Brändling zu, welcher verblüfft seinen Abtritt nahm, und bald neuen, sehr getauften Weinvorrath brachte. Mit ihm trat ein Knecht des Reisenberg in die Stube, auf welchen alle neugierig losgingen und taumelten. „Sieh da, Eckart!“ fragte sein Herr.

Die Berufs- und Gewerbezahlung vom 5. Juni 1895.

Mit einem Gefühl der Befriedigung konnten wir die Festsetzung der nächsten Berufs- und Gewerbezahlung auf den 5. Juni 1895 zur Kenntniß nehmen. War doch der „Vorwärts“ das erste und lange Zeit das einzige Organ in der deutschen Zeitungswelt, das auf das dringende Bedürfnis einer neuen Erhebung des Berufes der deutschen Bevölkerung, der Art und des Umfangs des Gewerbebetriebes, der Anzahl und der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe hingewiesen hat; war es doch ferner ein Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterchaft, der zuerst im Deutschen Reichstage den Anregungen des „Vorwärts“ folgend, anlässlich der Berathung des Etats des Reichsamtes des Innern, an die Reichsregierung die Forderung stellte, der Erhebung vom 5. Juni 1882 eine neue Berufsstatistik folgen zu lassen.

Wir haben es stets als erstaunlich bezeichnet, daß die deutsche Reichsregierung auf den verschiedensten Gebieten der Sozialgesetzgebung thätig ist, ohne die nötigen sozialstatistischen Erhebungen vorzunehmen, deren Unterlage freilich eine gründliche neue Berufsstatistik sein müßte. Das Fehlen derselben wurde auch sofort unangenehm bemerkbar, als die Reichskommission für Arbeiterstatistik ihre Untersuchungen in Angriff nahm.

Was soll uns nun die neue Berufs- und Gewerbezahlung lehren? Sie soll uns über den Umfang der Klein- und Großbetriebe, des Handwerks, der Haus- und Fabrikindustrie, über das Alter und Geschlecht der Arbeiter in den verschiedenen Betriebsarten und Betriebsformen, und über die Veränderung in dem Umfang dieser Betriebsformen seit dem Jahre 1882 Aufschluß geben, sie soll uns zeigen, welche Betriebe in der Landwirtschaft an Umfang ab- und zugenommen haben, ob der Zwerge, Klein-, Mittel- oder Großgrundbesitz. Eine solche Zahlung muß zeigen, in welchen Betrieben die Tendenz zum Großbetrieb schon vollständig zum Durchbruche gekommen ist, in welchen die überlebten industriellen Betriebsformen noch einige Zeit Galgenstrich haben, in wie weit die ländliche Bevölkerung der industriellen gegenüber das Uebergewicht gewonnen hat. Dies die Hauptpunkte unter vielen anderen, über welche die Berufsstatistik Aufschluß geben muß, und die für die praktische Politik von

der höchsten Bedeutung werden können, so für die Frage der Handwerks-Gesetzgebung, für die Prüfung der versicherungstechnischen Grundlagen des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes, für die Nothwendigkeit und die Richtung eines weiteren Ausbaues der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, für die Beurtheilung der Klagen über die Noth des Grundbesitzes und für viele andere Fragen.

Schon dieser Hinweis zeigt, wie sorglos unsere Gesetzgebungsmaschinerie ohne die wichtigste Grundlage, die Kenntniß unserer sozialen Zustände, ja ohne Kenntniß des sozialen Aufbaues der ganzen Bevölkerung arbeitet, ganz im Gegensatz zu England, wo jedem Gesetzentwurfe eine eingehende Regierungs- oder parlamentarische Enquete vorherzu gehen pflegt.

Wenn wir eine neue Berufsstatistik gefordert haben, so wollten wir damit keineswegs eine slavische Nachahmung der Erhebung vom Jahre 1882. Wir stehen nicht an, dieselbe als eine relativ sehr gute Arbeit zu bezeichnen, aber eine ganze Reihe Mängel hat dieselbe trotzdem, so z. B. in Bezug auf die Erhebung der Hausindustrie, und auf das Bestreben, die Zahl der Großbetriebe möglichst klein erscheinen zu lassen. Ebenso wenig aber, als wir einer ganz genauen Wiederholung der letzten Berufsstatistik das Wort reden möchten, ebensowenig möchten wir wünschen, daß dieselbe als ganz neue Erhebung ohne jede Rücksicht auf die vorangegangene in Angriff genommen werde, so daß die Vergleichbarkeit der Zahlen darunter leiden könnte. Die Erhebung läßt sich besser machen wie die von 1882, ohne daß die Vergleichbarkeit darunter leidet. Es müßte vor allem ernstlich der Versuch gemacht werden, neben der schon der Vergleichbarkeit wegen notwendigen Zahlung zur Sommerzeit (am 5. Juni) eine ergänzende Erhebung im Winter vorzunehmen, da nur so der Umfang der Saisonindustrien und der verschiedene Grad der Arbeitslosigkeit — eines der wichtigsten, oder richtiger das wichtigste Problem aktueller Sozialpolitik — einigermaßen erfaßt werden könnte.

Es ist eigenthümlich, daß bisher noch gar nichts verlautet hat, in welcher Weise die Berufsstatistik vorgenommen werden wird. Ein kritisches Eingehen auf den Plan der Reichsregierung erscheint deshalb verfrüht, würde es doch in einem politischen Blatte zu weit führen, die Aufgaben und die Fragestellung bei einer künftigen Berufsstatistik im einzelnen zu erörtern. Sobald man über die Pläne der Reichsregierung genaueres erfährt, werden wir es an der nötigen Kritik nicht fehlen lassen.

Wie nothwendig die Berufsstatistik ist, wollen wir hier

„Wie ist's? wie steht's? was bringst Du?“ — „Alles ruhig, ihr Herren“, meldete der Knecht, die Leute alle auf ihrer Stelle im Hinterhalt. Ich gab noch den Befehl, daß keiner von ihnen sich unterstehen solle, etwas zu beginnen, bevor Ihr nicht mit Euren Freunden an ihrer Spitze seid. Sie erwarten das Zeichen ungeduldig.“ — „Wahrlich nicht mit größerer Ungeduld als wir“, antwortete der Hornberger. „Gewitter und Strahl! will denn die Zeit stehen bleiben? Sag an, Bursche, welche Stunde ist's.“ — „Es muß im Augenblick Zehne schlagen!“ antwortete der Knecht, in Sachsenhausen drüben riefen die Wächter schon die Stunde ab, doch pflegen sie's stets früher zu thun, als hier herüber die Glocke schlägt.“ — „Ei, so laßt uns die Krüge leeren“, sprach der Hornberger. „Gott sei gelobt; wir stehen am Ziele.“ — „Krüge aus, Waffen an!“ lachte der Leuenberg: „Brüder, Reisenberg, schnalle mir den Gurt fester; meine Hand ist schwer und ungeschickt geworden.“ — „Du wirst doch nicht zu viel im Kopfe haben?“ fragte der Hornberger spöttisch: „Ich fühle Bärenmark in meinen Knochen, und wollte einen Eichbaum spalten.“ — „Um den Beweis zu führen, hob er die schwere Klinge mit Macht, und wollte einen Hieb gegen den Ofen thun, allein die niedere Stubendecke wehrte dem Streich, und die Waffensichel klirrend aus des Jodids Hand.“ — „Weh geschrien! weh geschrien!“ begann Jodid, der unruhig wurde: „Was soll daraus werden? Hab ich doch gezählt auf einen Simson und es wird nicht da sein ein Davidchen! Ihr Leute, Ihr Waffenknechte: haltet Euch besser als eure Herren und folgt dem, was ich werde befehlen; denn ich werde gehen sicher und zustoßen ohne Fehl, und wenn herabklame vom Himmel der Melach der König!“

„Bist Du gewesen an der Frosche Haus?“ fragte er sodann den Eckart leise. Dieser bejahte, und berichtete, alles gehe dort hell auf, von Kerzenschimmer funkte Fenster und Thor, die Pauke wirbele, der Bombard schnurte und die Pfeifer bliesen lustig zum Tanz. — Jodid rieb

sich, teuflisch lachend, die Hände, während die Edelente in Traus und Verwirrung ihre Waffen und Wehr ordneten, zusammensuchten, schalten und lästerten, und die Knechte alle Hände voll zu thun hatten, ihre Gebieter zum Strauß zu rüsten, und sprach vor sich hin: „Ich danke Dir, hochgelobter Gott, daß Du mich lässest Rache nehmen an meinen Feinden. Ich war flüchtig wie Raim, aber bald werden sie vor mir fliehen; ich war getreten in den Staub, aber bald werd' ich sie stoßen ins Elend! Warum kann ich nicht mit diesem blanken und haarscharfen Messer trennen vom Rumpfe der Menschheit alle Häse meiner Feinde? Warum ist Ben David gegangen in die Welt? Jochai gestohlen, von wanne man nicht lehrte heim, und Esther gewandert mit ihrem Bruder ins Weite, wohin mein Dolch nicht trifft? Aber Euch verfolgte mein Fluch; Euch sei die Hölle und das Feuer der Gehenne, Amen!“ — „Indem blies vom nahen Stützthurne der Wächter, und die Glocken schlugen die zehnte Stunde an. „Halloh! halloh!“ rief der Hornberger: „rüstig, Ihr Genossen! der Teufel ist los!“ — „Hand in Hand noch einmal laßt uns stehen!“ sprach der Reisenberg, „und schwören, ehrlich an einander zu halten, und unsere Pflicht zu thun.“ — „Wir schwören's“, riefen Edle und Knechte: „Du, Jude, thue Deine Schuldigkeit.“ — „Gott soll mir helfen, daß ich sie thue.“ — erwiderte Jodid, sich die Mütze fest bindend. — „Geschwinde!“ rief Eckart in die Thür: „Stunde schlug, Thür ist offen, der Wirth harrt unser, leif an der Stube vorbei, hinaus auf die Gasse!“ — „Waschol! waschol!“ trieb nun Jodid selbst eiskalt und heimlich: „wir haben gewonnen, wir behalten den Kopf frei und die Hand. Wenn ich nicht vollführe, was ich versprochen, so will ich den Talle haben und im Augenblick ohne Gebet und Barmherzigkeit, fort! fort!“

Der Schwarm von Menschen drängte sich zur Thür, als diese rasch aufging und Brändlings geisterbleiches Angesicht herein sah. — „Galt! halt!“ stammelte er entsetzt:

nur noch an einem besonderen Beispiele an dem steigenden Umfange des Großbetriebes in Deutschland seit 1882 genauer erörtern.

Es steigerte sich seit 1882 bis

	in Verhältnis von 1000 zu
1891/92 die Holzschiff-Fabrikation	1292
1891 die Steinkohlen-Produktion	1665
1891 die Braunkohlen-Produktion	1660
1891 die Eisenerze-Förderung	1608
1891 die Zink-Produktion	1325
1891 die Kupfererze-Förderung	1116
1891 die Kobalt-Produktion	1726
1891 die Schweiseseisen- und Schweißstahl-Produktion	1261
1891 die Flußeisen- und Flußstahl-Produktion	1570

Der durchschnittliche Malz-Verbrauch der großen bayerischen Großbrauereibetriebe stieg von 1882 bis 1891 von 14 231 auf 18 548, der der Münchner Großbrauereibetriebe von 34 475 auf 58 576 Hektoliter Malz. Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß Singheimers Behauptung, daß die allerjüngste Zeit für Deutschland eine Periode stürmischer großindustrieller Entwicklung war, als vollkommen richtig zu erweisen. Wer nun weiß, wie tief die Entwicklung zum Großbetrieb auf das ökonomische Getriebe und das soziale Leben innerhalb eines Wirtschafts-Körpers einwirkt, der muß, welcher Partei er auch angehört, wünschen, daß die nächste Berufsstatistik mit allem Eifer ohne jede Absicht, irgend etwas zu verschleiern und umzudeuten in Angriff genommen und zu Ende geführt wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 25. September.

Die Thorer Rede des Kaisers hat die politische Bevölkerung in große Erregung versetzt. Was eine verführerische, auf Ausgleichung der Gegensätze gerichtete Politik in zwei Jahren mühsam zu Stande gebracht hatte, ist hier in einer Minute zerstört, oder doch in Frage gestellt worden. Daß der Redner dies beabsichtigt habe, wird Niemand annehmen, aber daß die den Polen zugerufenen Worte des Tadels als eine Anknüpfung an die unheilvolle Bismarck'sche Polenpolitik von ihnen aufgefaßt wird, wer will ihnen das verargen?

Was aber sagt Herr v. Caprivi zu diesem Miß in sein staatsmännisches Gewebe?

Ein Anarchistengesetz soll im preussischen Ministerium des Innern ausgearbeitet werden. Wir wissen nicht ob's wahr ist. Jedenfalls steht unser Urtheil über Anarchistengesetze fest: gegen das, was man Anarchismus im Sinne der anarchischen Verbrechen nennt, reichen die gemeinen Gesetze aus; und das, was die Urheber der Anarchistengesetze treffen wollen, ist durch kein Gesetz und keine Gewalt zu treffen und niederzuwerfen. So ist die Fabrication von Anarchistengesetzen denn auch ein höchst unprofitables Geschäft für die Fabrikanten, wie Herr Casimir Perier jetzt zu seinem Schaden in Frankreich erfährt. Wenn jemand Lust hat, dem Beispiel zu folgen — wir rufen lustig: Vivat sequens!

Unserem Dresdener Bruderorgan, der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, ist von dem amtlichen „Dresdener Journal“ kollegialisch die Eigenschaft eines amtlichen Veröffentlichungs-Organs der Regierung zugesprochen und die Echtheit des von ihm (und uns) veröffentlichten Ministerial-Erlasses bezüglich der Fernhaltung von Sozialdemokraten aus den Gemeindevvertretungen ausdrücklich bescheinigt worden. Wird dankend vermerkt.

Der Programmwurf der freisinnigen Volkspartei wurde nach Ablehnung aller Abänderungsanträge

*) Die Zahlen entnehmen wir dem trefflichen Buch von L. Singheim, Ueber die Grenzen der Weiterbildung des fabrikmäßigen Großbetriebes in Deutschland (Stuttgart 1893).

„Wir sind verloren . . .!“ — „Verloren?“ donnerte ihm der Hornberger zu, und hob das gewichtige Schwert; aber, wenn gleich des Schankwirths Stimme versagte, so ergab sich doch alsobald der Bescheid auf des Hornberger's Frage. „Im Namen der kaiserlich freien beschlossenen Acht!“ schallten mehrere Stimmen draußen, begleitet von Schlägen an Wand und Thüre. — „Die heilige Behm!“ riefen die Soldner verwirrt, und aus ihren Händen fiel die Wehr, einige verkrochen sich unter Tische und Ofen, wohin auch Brändling sich geschüchtet hatte, andere schmiegt sich auf die Bänke an Wand und Eck. Selbst den Leuenberg und den von Reisenberg hatte dieser Schreckenname dergestalt erschüttert, daß sie auf ihre Stühle zurückliefen, und der Hornberger senkte das dräuende Schwert, hinter der Thür lauschend, durch welche einige vermummte Gestalten rasch und lech hereintraten, und wie Falken nach allen Seiten die Augen drehten. Reiner rührte sich! — schrie der erste von ihnen mit rauher Stimme, „und wer ein frommer Mann ist, sitze stille!“ — Da ergriff den Jodid eine entsetzliche Angst. Wild sprang er auf, schlug die Lampe um, und wollte durch die Scheimen ins Freie brechen; allein der Schimmer eines Windlichts, das durch die Oeffnung der Thür blühte, blendete ihn, und ein Verfallter riß ihm indessen Kappe, Haarhaube und Plaster vom Kopf und Gesicht. — „Der ist's!“ rief er, den Schauernden gegen seine Begleiter stehend, und diese antworteten in tiefem Tone: „Bei unserm Eid! der ist's!“ — „Jehova! Sammael! Christus rette mich!“ schrie der verzweiflungsvolle Jude, da ihm nun eine fürchterliche Ahnung durch's Herz zuckte. „Weh mir! helst ihr Freunde!“

Aber die Freunde blieben saeu und unthätig, weder Himmel noch Hölle that zu des Frevels Gunsten ein Wunder, und der heilige Dolchstoß, den seine erprobte Faust mit aller Gewalt auf die Brust des Anführers der Verhüllten führte, brach sich an dem Panzer, den dieser trug. Ein heftiger Schlag schleuderte ihm die Waffe aus den Fingern, und eine feste Schlinge slog um seinen Hals, und riß ihn, seine Kehle zuschnürend, zu Boden. — „Gnade Dir Gott, Missethäter!“ riefen die Trabanten der heimlichen Acht, und schlepten den ohnmächtig Widerstrebenden vor die Thüre. Vor ihrem Anblick sloßen die übrigen Gäste, — bisher neugierige Zuschauer, zur Pforte und Gasse hinaus. — „Macht geschwinde!“ herrschte der Schöppe seinen Frohnen zu: „Denk ihn auf.“ — „Wohin, Herr, jagten diese.“ — „Knüpft ihn an den Kettenhaken

einstimmig angenommen. Die Partei hat sich somit ihres Programmes würdig erklärt.

Ein demokratischer Parteitag soll nun auch in Berlin abgehalten werden; da es sich um eine kleine geschlossene Gesellschaft von keiner politischen Bedeutung handelt, genügt die Erwähnung dieser Thatsache.

Einen Fußtritt erhält der Abgeordnete Bödel im „Volk“ von seinem Fraktionsgenossen Köhler. Aus der Erklärung desselben heben wir die folgenden Punkte hervor: Es ist Thatsache,

daß Herr Dr. Bödel durch seine „ehemaligen Freunde“, die Abgeordneten Bähr, Bindewald, Hirschel, Köhler, Ripper und sämtliche Vertreter der Ortsgruppen des mitteldeutschen Bauernvereins genöthigt worden ist, den Vorstoß niederzulegen;

daß für Dr. Bödel sich in der Versammlung keine einzige Stimme erhob, er aber auch nirgends angegriffen oder beleidigt und überhaupt sehr grobmiüthig und schonend behandelt wurde, daß diese Vorbedingungen unbedingt erforderlich waren, da die Zustände in Marburg durch Dr. Bödel's einzig eigene Schuld unhaltbar und lebensgefährlich für das Weiterbestehen der Partei und des mitteldeutschen Bauernvereins geworden waren;

daß Dr. Bödel's „ehemaligen Freunde“, damit sind insbesondere gemeint die Abgeordneten Bähr, Bindewald, Hirschel, Köhler und Ripper, dazu tausende treuer Parteigenossen, nicht aus „Vohheit“ handelten, als sie Dr. Bödel zwangen, aus Hessen fortzugehen, vielmehr, daß das Vorgehen dieser „ehemaligen Freunde“ ein Werk der unbedingten Nothwendigkeit war, um die Partei in Hessen und den mitteldeutschen Bauernverein vor dem sonst sicheren Untergange zu bewahren.

So sieht es mit der Einigkeit im antisemitischen Lager aus.

Die Ungehörlichkeit des preussischen Dreiklassen-Wahlrechts erblickt äußerst drastisch aus folgender Notiz: In Neustadt in Oberschlesien stehen im Verzeichniß der Kommunalwähler der ersten Abtheilung: Abraham Fränkel, Herm. Fränkel, Emanuel Fränkel; in der zweiten Abtheilung vier Personen: Joseph Pinski, Albert Fränkel, Max Pinski und August Schneider. Die sechs zuerst genannten Personen sind die Inhaber der Firma S. Fränkel. In der dritten Abtheilung wählen 1231 Mitglieder 12 Stadtverordnete. Die Firma Fränkel wählt deren 24. In einigen Kommunen am Rhein wiederholen sich ähnliche Dinge, nur daß das „Glück“, den größten Theil der Stadtverordneten-Versammlung zu ernennen, sich hier an „christliche“ Jansen heftet, so daß selbst antisemitische Blätter, wenn nur die betreffenden vielvermögenden Wähler hübsch reaktionär wählen, mit dem schönsten aller Wahlgesetze sehr zufrieden sind. Freilich, wo einmal die Dinge wie in Neustadt liegen, wird wohl auch die antisemitische Presse einsehen, daß das Dreiklassen-Wahlrecht nichts taugt.

Der preussische Hof legt für „Seine königliche Hoheit“ den Grafen von Paris achtstägige Posttrauer an. Es erinnert uns dies an die mehr als geringfügige Meinung, die ein früherer König von Preußen über des Verstorbenen Vater, der seine Krone im Straßenthore aufgegeben habe, gefaßt hat. Bei der absoluten Bedeutungslosigkeit des verstorbenen Präsidenten werden die verschiedenen Hoftrauern um denselben in Frankreich wohl kaum beachtet werden.

„Eine Feier zur Erinnerung an die dreihundertste Wiederkehr des Geburtstages Gustav Adolfs“ — schreckliches Deutsch! — ist seitens der preussischen Regierung für die evangelischen Kirchen und Schulen von Preußen angeordnet worden. Was wir von Gustav Adolf und den geplanten Feiern seitens zu seinem Gedächtniß halten, haben wir bereits in einer früheren Nummer gesagt.

Der Verband deutscher Gewerbevereine, der seinen Tag soeben in Karlsruhe abgehalten hat, beschloß, eine Petition an den Reichstag zu richten, in der die Annahme eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb befürwortet wird, ferner an den Reichskanzler eine Petition um Abänderung des Submissionswesens abzujenden. Der

neben der Thür!“ befahl der Schöppe kalt; und dies Todesurtheil brachte den halbverwundeten Mörder zu sich selbst. — „Gott! hochgelobter Gott!“ stöhnte er, außer sich: „Ich bin doch unschuldig, Ihr Männer, ich bin unschuldig . . .“ — „Du bist verfehmt,“ erwiderte der Schöppe, „und all ist zu spät. Gott genade Dir.“ — Schon ward der Strick um den Hals geschlungen. — In wüthiger Todesangst brüllte Jodid: „Ich gehöre nicht vor Euer Gericht. Ich bin ein Jude, des Kaisers Kammerknecht . . .“ — „Wardst Du nicht getauft, abtrünniger Hund?“ riefen die Frohnen, „Jahr' hin!“ — Der Elende schwebte in die Höhe. All seine Glieder strebten an gegen den hart einbrechenden Tod, . . . seine erstickenen Kehle schaupte nach Luft, sein Mund versuchte noch den letzten Fluch, aber unter dem dumpfen: „Jahr' hin! Peter! Jahr' hin! gnade Dir Gott!“ stockte das verhasste Leben und der Gräßliche war nicht mehr. Die Frohnen streckten ihn aus, der Schöppe stieß sein Messer in den Thüpfosten und alle entsetzten sich eilig durch die verbotene Gasse — denn alle Gäste der Schenke hatten die schnellste Flucht ergriffen vor den Vollstreckern der gescheiterten heimlichen Acht. Die zum Mordbrand Verschworenen, sammt ihren Soldnern und Gefellen, hatten sich nicht minder, von blindem Schreck gejagt, nach allen Seiten hin zerstreut. Der Unbändige und Freche aus ihrer Mitte war vom schnellen Tod dahingeringelt worden, den seine frevelnde Zunge gerade herbeigerufen, — und jeder der übrigen war sich mancher schweren Schuld geheim bewußt. Die Spannung der Trunkenheit war gewichen, die Erschlaffung der Kräfte und die Pein des Gewissens war zurückgeblieben. Ohne ferner an die Verübung des gräßlichen Mordplans zu denken, irten die Teilnehmer desselben in den Gassen der Stadt umher, und ihre Furcht wuchs mit jedem Augenblicke mehr heran, denn mit Stauern und Herzlopfen hörten sie, wie plötzlich, rasch hinter einander alle Gloden aus den Kirchthürmen nach und lebendig wurden, wie die Wächterhörner von den Finnen bliesen, laut und dringend wie das Gämperlein*) läutete, die Schnurre durch die Straßen lief, wie die Trommel vor dem Quartier der Soldner wirbelte und die Trompete die Reifigen zu dem Sammelplatze rief. Lichter und Laternen wurden allenthalben aufgesteckt, in allen Häusern wurde es hell und lebhaft. Die Hänste, Rotten und Fähnlein der Bürger und Soldner strömten zusammen auf ihren Sammelplätzen.

(Fortsetzung folgt.)

*) Sturmglocke: eigentlich viel später erst aufgehängt.

Vorstand wurde mit der Veranstaltung einer Enquete über den gewerblichen Unterricht beauftragt. Weitere Beschlüsse verlangen die gesetzliche Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker bei Neubauten. Der nächste Verbandstag wird in Kassel abgehalten werden.

Der württembergische Landgerichtsrath Pfizer ist zwar von dem Disziplinargerichtshof seiner Herren Kollegen als unwürdig eines Richteramts aus dem Amt entlassen worden, allein die öffentliche Meinung und das öffentliche Rechtsgedächtniß sind weit davon entfernt, dieses harte Urtheil zu billigen. Die weite Kluft zwischen Justiz und Gerechtigkeit ist hier wieder einmal klar zu Tage getreten. Daß der Gerichtshof vom Standpunkt der Justiz aus recht und nach dem Buchstaben des Gesetzes gehandelt hat, wird wohl von niemand bezweifelt; allein daß der Mann dafür bestraft worden ist, daß er nach Pflicht und Gewissen dem Recht und der Gerechtigkeit dienen wollte, das kann ebenso wenig bezweifelt werden. Das letzte Wort in der Sache ist nicht gesprochen: Einstweilen ist Pfizer das Opfer, allein kein, das lammsfromm sich selbst aufgibt. Seine Charakterfestigkeit erhebt aus nachfolgender Notiz, die wir in den Zeitungen finden:

Der württembergische Landgerichtsrath Pfizer hat nach seiner Ablegung in einem besonderen Schreiben an den König von Württemberg eine ihm vor einigen Jahren verliehene Ordensdekoration zurückgegeben. Er erklärt, daß er gleich bei Empfang jener Ordensdekoration im Jahre 1890, die nur darum erfolgt sei, weil man ihn nicht ohne Aufsehen hätte umgeben können, das den Orden enthaltende Poststück uneröffnet gelassen und auch die Auszeichnung gleich zurückgegeben hätte, wenn er nicht ein öffentliches Kerkerniß hätte vermeiden wollen. In dem Schreiben erklärt er ausdrücklich den Spruch des Disziplinar-Gerichtshofes für ungerecht.

Solche Männer passen allerdings nicht für die bureaukratische Maschine, die keine selbständige Individualität duldet, — bloß mechanische Nädchen im Räderwerke.

Bei der Reichsrath-Ergänzungswahl in der Stadt Brunn wurde der deutsche Kandidat Wannick mit 2533 Stimmen von 3167 gewählt. Der Czeche Popella erhielt 502, der Sozialdemokrat Krapla 125 Stimmen. Die auf unseren Kandidaten entfallene Stimmenzahl erscheint mit Rücksicht auf das plutokratische Wahlsystem und die kolossale Armut in Brunn, dem österreichischen Manchester, als bedeutender Achtungserfolg.

Perier und Dupuy gerathen in immer schärferen Gegensatz. Die Spannung zwischen beiden datirt von dem Augenblick der Ernennung Perier's zum Präsidenten der Republik. Wie den Lesern bekannt ist, rechnete Dupuy seit länger als Jahresfrist fest darauf, Carnot's Nachfolger zu werden; und Carnot, der dies wußte und ihn fürchtete, zwang ihn, im Herbst vorigen Jahres die Minister-Präsidentenschaft zu übernehmen — ein Amt, das in Frankreich für den politischen Menschen ungefähr dasselbe bedeutet, wie für den physischen die Guillotine. Dupuy kam auch wirklich zu Fall durch die Sozialisten, worauf sein Nebenbuhler Perier Minister ward. Diesem erging es nicht besser, allein die Anarchisten retteten ihn, und da er nach Caserio's Dolchstoß sich mit besserem Theatererfolg als Carnot in der Rolle des Gesellschaftsretters zeigte, wurde er, der vor dem Todestag Carnot's gar keine Aussichten gehabt hatte, Präsident der Republik. Dupuy hatte das Nachsehen und mußte mit der Ministerpräsidentenschaft vorlieb nehmen. Inzwischen haben sich seine Chancen wieder gebessert und er sucht auf jede Weise „das Glück zu verbessern“. Er sieht, daß Perier das ganze republikanische Frankreich verliert hat und stellt nun sorgsam seinen Republikanismus aus, wobei er es trefflich versteht, sich in Kontrast mit Perier zu bringen.

Kurz — Herr Dupuy spekulirt darauf, Perier's Nachfolger zu werden. Vielleicht kürzt das Schicksal die gezielte Wartezeit ab, und was ist in Frankreich nicht möglich?

So denkt er wohl, und das französische Volk wird lenken — hoffentlich anders als er denkt und sein lieber Feind Casimir Perier.

Es giebt keine Pyrenäen mehr! rief einst ein französischer König aus, als es gelungen war, die Bourbonnen aus den spanischen Thron zu schmuggeln. Das Wort war eine eitle Proklamation. Die Bourbonnen wurden aus Spanien wieder hinausgejagt, und die Pyrenäen blieben als mächtiges Verkehrshinderniß zwischen Frankreich und der iberischen Halbinsel. Die eitle Proklamation des Königs soll jetzt durch die französische Republik zur Wahrheit gemacht werden. Die Regierung Frankreichs hat sich mit der spanischen dahin geeinigt, daß die Pyrenäen an zwei Stellen durchbohrt und daß durch die beiden Tunnel Eisenbahnen geführt werden. Ein gewaltiges Werk, durch welches das bisher abgeschlossene Spanien in die moderne kosmopolitische Kulturbeziehung wird hineingerissen werden.

Bei dieser Gelegenheit sei noch eines anderen, für den Völkerverkehr überaus wichtigen Bauwerks erwähnt, das jetzt in Frankreich vorbereitet wird; nämlich eines Kanals, der das Mitteländische mit dem Atlantischen Meer verbindet. Eine Baukommission ist niedergesetzt worden.

Belgien. Die Neuwahlen sind bekanntlich auf den 14. Oktober anberaumt; die neuen Kammer sollen am 18. November in Brüssel zusammentreten. An der Wahl der Repräsentanten (der zweiten Kammer) nehmen 187067 Bürger, die über 211127 Stimmen verfügen, theil; der Senat wird von 1158714 Bürgern, die 1874924 Stimmen besitzen, gewählt. Die Stimmabgabe ist eine obligatorische und hat zwischen 8 Uhr Morgens und 2 Uhr Nachmittags in jeder Gemeinde zu erfolgen. Sämtliche für den Senat und die Repräsentantenkammer aufgestellten Kandidaten haben sich zur Feststellung der amtlichen Kandidatenverzeichnisse am 3. oder 4. Oktober bei dem Vorstehenden des Hauptwahlamtes in jedem Wahlkreise vorzustellen. Die Stichwahlen finden am 21. November statt. Die Entscheidungen der Appellhöfe in Wahlangelegenheiten sind endgültig. Die Provinzialwahlen sind auf den 28. Oktober anberaumt.

Die Arbeiterfreundlichkeit der belgischen Regierung zeigt sich wieder im hellsten Lichte. Es wird nämlich nun bekannt, daß sie auf dem Verordnungswege die Ausbehnung der Arbeit 12jähriger Mädchen auf 12 Stunden täglich gestattet hat.

Eine Amnestie in Italien und auch auf Sizilien — für alle Verbrecher, die zu weniger als einem Jahre verurtheilt worden sind. Daß keine irgendwie misliebige Person zu einer solchen Lumperei verurtheilt ward, dafür

hat Crispi mit seinen Kriegs- und Standrechtsrichtern ge-
forat. Italien gehört schon zu den Kulturländern, in denen
die Regierung sich so schwach fühlt und an sich und ihre
Sache so wenig glaubt, daß sie keine Amnestie mehr geben
kann. Herr Crispi muß die Prophezeiung Mazzini's er-
füllen, der letzte Minister der Könige von Italien zu sein.
Wir wünschen ihm gute Verrichtung! —

Die Wahlen in Bulgarien. Aus den heute ein-
gelaufenen Meldungen heben wir hervor, daß in dieses
jüngste Parlament nun auch die Sozialdemokratie
eingezogen ist. Ein Genosse ist sicher, nach anderen
Meldungen sind sogar drei Anhänger unserer Partei ge-
wählt worden. Da in einem Wahlkreise zwei Minister die
Majorität der Stimmen nicht erhielten, wurden nach Stam-
bulow'schem Rezept die Wahlurnen vom Volk zerstört
und die Stimmzettel vernichtet. Die Regierung, welche
zum mindesten russenfreundlicher ist, wie die Stam-
bulow's, verfügt angeblich über eine Zweidrittel-
Majorität, eine Anzahl ausgesprochener Russenfreunde
wurden auch gewählt. Ein vollständiges Bild des Wahl-
ergebnisses wird sich erst nach Einlauf anderer, als der
offiziösen Meldungen geben lassen. —

Russisch-Polen. Während der Nacht vom 5. auf den
6. September wurden in Warschau 48 Personen verhaftet.
Die Mehrzahl besteht aus Sozialisten. Es befinden sich aber
auch unter den Verhafteten einige bekannte demokratische
Schriftsteller wie Johann Poplawski und J. Glasz, Mit-
arbeiter der eingegangenen Wochenschrift „Glos“, Szablowski,
Redakteur der Zeitschrift „Niva“ u. a. Die Ursache der
Verhaftungen sollte die angeblich bevorstehende Reise des
Baron nach Warschau bilden. Wenn dies die Ur-
sache war, dann mußte die Regierung durch eine
den 8. September erschienene sozialistische Proklamation
ziemlich unangenehm überrascht worden sein. Der an-
geklagte Besuch des Baron wird in dieser Proklamation
als eine Herausforderung der Warschauer Bevölkerung be-
zeichnet. Da außerdem einige Tage später die dritte
Nummer des „Robotnik“, Organ der sozialistischen Partei
Polens, in Warschau erschien, so kann man mit Bestimm-
theit annehmen, daß diese Verhaftungen die Arbeiterbewegung
Polens weder vernichtet, noch gelähmt haben. Tatsächlich
ist der Bar nach Warschau nicht gekommen. —

Rußland und die ostasiatischen Gängel. Wir
haben schon gestern angedeutet, daß Rußland in Ostasien
gerne im Trüben fischen möchte, daß es eine große Flotte
zusammenzieht, um im gegebenen Momente eingreifen zu
können. Der gewünschte und vielleicht schon ergebene. Wie
herbeigeführte Anlaß hat sich vielleicht schon ergeben. Wie
nämlich der „Rölnischen Zeitung“ aus Petersburg gemeldet
wird, verlautet daselbst gerüchelt, daß nach einer ange-
lich aus Wladivostok eingelaufenen Depesche eine chinesische
Räuberbande eine Station der Assuri-Bahn (erster Abschnitt
der sibirischen Bahn von Wladivostok aus) überfallen, die
Beamten getötet und alles ausgeraubt habe. Russische
Truppen wären gegen die Räuber aufgebracht, welche aber
bereits über die nahe chinesische Grenze entkommen ge-
wesen seien.

**Als Antwort auf den Brief des Sekretärs der Sozial-
demokratischen Föderation erhalten wir von unserem an-
gegriffenen englischen Korrespondenten nachstehende Zu-
schrift.**

London, 22. September.

Ich erhalte soeben die Nummer 219 des „Vorwärts“ mit
dem Brief des Sekretärs der Sozialdemokratischen
Föderation über oder gegen meinen Artikel im „Vorwärts“
vom 17. August, betr. den soeben abgehaltenen Jahreskongreß der
Föderation. Dieser Brief nötigt mich allerdings, wie die
Redaktion in ihrer Zusatzbemerkung bereits andeutet, zu einer
Erwiderung, wenngleich ich nicht nötig zu haben glaube, meinen
„guten Glauben“ besonders zu betonen. Wie wenig die diesen
in Frage stehenden Bemerkungen des Briefes berechtigt sind, da-
von kann sich jeder überzeugen, der sich die Mühe nimmt,
meinen Brief selbst nachzulesen. Schon der An-
fang desselben erweist die Beschwerden des Genossen
Lee als auf irrigen Voraussetzungen beruhend. Ich
gebe dort den Status der Föderation in der sachlichsten
Weise wieder, genau so, wie ihn der „Justice“ vom
11. August publizierter Bericht fest konstatiert. Wo ist ein Wort,
eine Silbe zu entdecken, die Lee berechtigen, von einer „Schaden-
freude“ meinerseits zu sprechen, daß die Föderation „immer arm
und in Schulden“ sei? Weder habe ich diese, in Anführung ge-
setzten Worte gebraucht, noch überhaupt Worte, die eine solche
Interpretation erlauben. Am allerwenigsten ist es mir ein-
gefallen, von etwas wie „careless accounts“ — das der hiesige
Uebersetzer des Lee'schen Briefes für den „Vorwärts“ mit „unachts-
sames Meinen“ übersetzt, das aber im Englischen eine viel
schärfere Bedeutung hat — zu sprechen. Ich habe zu der That-
sache, daß der Jahresbericht der Föderation ein Defizit aufweist,
hingugefügt: „hauptsächlich bewirkt durch saumselige Zahler“.
Das ist doch, denke ich, für jeden, der Deutsch lesen kann,
eine entscheidende Erklärung, die die an sich unerfreuliche That-
sache in besten Licht für die Föderation darstellt.
Ich kann nur bedauern, daß diejenige Persönlichkeit, die den
Mitgliedern des Rates der Föderation meinen Brief zu ver-
vollständigen so dienlich beabsichtigt war, mehr Sorge darauf
verwendet zu haben scheint, meine angeblichen Gefühle zu inter-
pretieren, als meine Worte richtig zu übersetzen. Sonst wäre wohl
dieser Passus, wie der ihm folgende des Genossen Lee, der über-
haupt meine Berichterstattung verdächtigt, ungeschrieben ge-
blieben.

Und vielleicht der ganze Brief. Oder er wäre jedenfalls
anders ausgefallen. Es sind da Dinge widerlegt oder berichtigt,
die ich gar nicht behauptet habe, und die ganze Tendenz meines
Artikels ist total mißverstanden.

Es ist mir nicht eingefallen, die Sozialdemokratische Föderation
„bitterlich zu gunsten der Indev. Labour Party“ anzugreifen.
Ich habe bestimmte Beschlüsse und Maßnahmen der ersten,
darunter auch die in bezug auf die J. L. P. kritisiert — und
von dieser Kritik kann ich noch heute keine Silbe zurücknehmen — aber
ich habe ausdrücklich hinzugefügt, daß ich die J. L. P. keineswegs für
schlechter halte, und das Recht der Föderation zur Kritik ihrer
Rivalin durchaus anerkannt. Nicht daß diese kritisiert wurde,
habe ich bemängelt, sondern nur dargelegt, daß meines Er-
achtens die Kritik theils unwesentliche Dinge betraf, theils sich
gerade gegen Punkte richtete, in denen die J. L. P. stärker ist
als die S. D. F. Ich denke zu objektiv, um es nicht sehr be-
greiflich zu finden, daß die S. D. F., als die ältere Organisation,
der jüngeren, ihr über den Kopf Gewachsenen mit etwas Miß-
trauen gegenübersteht, kann aber nur wiederholen, daß nach
meiner Ansicht der unweiselhafte Anflug, den die J. L. P.
weit hin in Arbeiterkreisen gefunden, die sich der S. D. F. gegen-
über spröde verhalten haben, für die letztere ein Grund
sein sollte, die eigene bisherige Taktik einer Revision zu
*) Der hiesigen Sitte folgend, sehe ich im Nachstehenden statt
der vollen Namen nur die Anfangsbuchstaben beider Organisa-
tionen.

unterzogen und sich zu fragen, ob da nicht manches zu ver-
bessern ist.

Und daß letzteres der Fall, bestätigt in schlagender Weise
der Brief des Genossen Lee. Da wird als das auszeichnende
Merkmal der S. D. F. gegenüber der J. L. P. betont, daß die
erste die „einzige definitive, revolutionäre Organisation dieses
Landes, die letztere aber nicht genug „ausgesprochen sozialdemo-
kratisch“ sei. Tatsächlich ist das Programm der einen Organi-
sation genau so sozialdemokratisch wie das der anderen, beide
geben als Ziel die Nationalisierung der Produktions-, Ver-
theilungs- und Austauschmittel an. Was aber den Revolutio-
narisimus anbetrifft, so besteht der Unterschied zur Zeit darin,
daß seitens der Föderation viel, und oft recht zwecklos, von der
Revolution gesprochen, seitens der Arbeiterpartei dagegen,
von gewissen Einzelheiten ihrer politischen Taktik abgesehen,
revolutionär gehandelt wird. Die Genossen der Föderation
sehen den Wald vor Bäumen nicht. Sie sehen nicht,
daß das Zusammenfassen der Arbeiter in eine große,
selbständige Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm viel
revolutionärer ist als das Einschließen einer kleinen sektiererischen
Organisation auf eine demnächst zu erwartende oder zu bewirkende
„Revolution“. Sie sehen nicht, daß die soziale Umwälzung,
die die Sozialdemokratie erstrebt, nur das Resultat sein kann
einer ganzen Reihe revolutionärer Maßregeln oder, wenn man
will, Reformen, bewirkt durch den Druck des organisierten Pro-
letariats, — daß deshalb eine Agitation sehr revolutionär sein
kann, auch ohne daß sie unter der Aufschrift „Revolution“ vor-
sich geht, und sehr unrevolutionär oder wenig revolutionär, ob
sie einen noch so großen Aufwand von rothen Fahnen und Hin-
weisen auf die große Revolution entfaltet. Mit einem Ereignis
wie dem Kongreß von Norwich vor Augen, erklären sie, die bloße
Möglichkeit, daß der Internationale Kongreß von 1896 von den
britischen Gewerkschaften stärker als einer seiner Vorgänger be-
schickt werde, mache eine vorherige Konferenz „aller revolutionären
Abgeordneten“ — soll wohl heißen: Delegierten — unbedingt er-
forderlich.

Diese Motivierung ist meines Erachtens schon allein ge-
nügend, den „revolutionären“ Vorkongreß unannehmbar zu
finden, und der ihr folgende Hinweis auf den nahen Beschluß
des Jahresberichts und die „wichtigeren Besprechungen“, die an-
gehts dieser Nähe der omnibus 19 mit den zwei Nullen statt-
finden müßten, behufs einer „einigen internationalen Vetrebung“,
welche sich „auch ohne Gewalt“ vollziehen kann, macht die Sache
nur noch schlimmer. Damit wird in der That, wie die Redaktion
des „Vorwärts“ schon treffend bemerkt hat, alles bewiesen, nur
nicht die Harmlosigkeit dieser „revolutionären“, dreitägigen
Vorkonferenz. Kein Zweifel, die Mitglieder der Föderation
waren von bester Absicht befeuert, als sie den Beschluß faßten.
Hätten sie sich vergegenwärtigt, was er bedeutet, so würden
sie wohl doch die Meisten befohlen haben, für ihn zu stimmen.
Ich will nur eine Frage aufwerfen. In Zürich wurde für den
Besuch der Internationalen Kongresse eine bestimmte Regel auf-
gestellt, die den Segnern der Benutzung der Parlamente und der
Besetzung durch die Arbeiterklasse sagt, sich andere Orte
für die Propagierung ihrer Pläne aufzusuchen. Sie soll es in
dieser Hinsicht mit der „revolutionären“ Vorkonferenz gehalten
werden? Bedeutet das „alle revolutionären Abgeordneten“,
daß da jedem die Thür offen stehen soll, der sich „Revo-
lutionär“ nennt? Das würde in London, dem Sammelplatz
des internationalen Epigelen- und Abenteuerthums, eine schöne
Gesellschaft zusammenbringen. Wenn aber nicht, wenn der
Zürcher Beschluß ehrlich ausreicht erhalten, den Leuten, denen
in Zürich der Stuhl vor die Thür gesetzt wurde, nicht eine
Hintertür geöffnet werden soll — wozu dann die ganze
Konferenz?

Damit man ohne die Gewerkschaftsvertreter hätte unter
Sozialisten beisammen sei? Aber auf dem Festland existiert der Unter-
schied gar nicht, und in England kommt er immer mehr in Wegfall,
nicht zum wenigsten da und der Teilnahme der Gewerkschaftsführer
an den Internationalen Kongressen. Vor zehn, vor fünf Jahren
wäre solcher Vorschlag zur Noth begrifflich gewesen, heute, nach
Norwich, entbehrt er jeder thatsächlichen Unterlage. Für den
Sozialismus ist seitens der englischen Gewerkschaftsdelegierten um
so weniger zu fürchten, als es sich auf dem Kongreß um Ver-
einbarung allgemeiner Gesichtspunkte und praktischer Forderungen,
nicht aber um Fragen der Taktik der einzelnen Länder handelt.
Und selbst das Neugierige, das Unwahrscheinliche, eine Mehrheit
konservativer Gewerkschaftsführer in der englischen Delegation
angenommen, so beträfe das nur eine Nationalität und nicht den
ganzen Kongreß. Es ist aber doch ein starkes Stück, um der
Befürchtungen des Bruchtheils einer Nationalität willen den
Sozialisten und Arbeiterorganisationen der ganzen Welt einen
Extrakongreß aufzutropfen zu wollen. Es ist ein Beweis, wieder-
hole ich, daß die Vertreter der Sozialdemokratischen Föderation
ihre Stellung in der internationalen Bewegung total ver-
kennen, wie sie ihre Stellung in der Bewegung des eigenen
Landes mir ebenfalls recht sehr zu verkennen scheinen.
Indeß das Letztere ist ihre Sache, und es fällt mir nicht ein,
ihnen da etwas dreinreden zu wollen. Nur müssen sie mir er-
lauben, in meinen Berichten die Kritik ebenso frei walten zu
lassen, wie ihr eigenes Organ dies gegenüber der deutschen
Sozialdemokratie that, und ferner wäre zu wünschen, die „Justice“
verfahre in ihrer Kritik so sachlich, wie ich es zu thun stets
bemüht gewesen bin. Ich habe bei aller Kritik immer wieder,
auch in dem demängelten Brief, dem hingebenden Eifer und den
propagandistischen Verdiensten der Mitglieder der Sozialdemo-
kratischen Föderation volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Nie
wird man in meinen Briefen ähnliches finden, wie die fort-
gesetzten, ganz aus der Luft gegriffenen Schimpereien in der
„Justice“ über angebliche Vetrebungen der Deutschen, die
sozialistische Bewegung der ganzen Welt zu leithammeln, eine
Verächtigung, für die auch selbst der Schatten eines Beweises
fehlt, und die am besten beleuchtet wird durch den abwechselnd
mit ihr in den Spalten der „Justice“ erhobenen Vorwurf, die
Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie in London hielten sich
konsequent von der englischen Bewegung zurück.

Das Letztere ist nur bedingt richtig, daß aber die deutschen
Parteiengenossen in England sich angesichts des ersten Vorwurfs,
sowie der Spaltung der hiesigen Bewegung allen Sektionen derselben
gegenüber eine gewisse Distanz auferlegen, wird man nur berechtigt
finden. Am allerwenigsten darf sich eine Körperschaft darüber
beschweren, deren Organ, wenigstens bisher, mit jedem Wider-
sacher unserer Partei, ob er Gileß oder Werner, Brouffe oder
Nieuwenhuis hieß, in ihren Angriffen auf uns gemeinsame Sache zu
machen pflegte. Solange dies geschieht, verbietet außer der
Rücksicht auf die oben erwähnten Verhältnisse auch die Selbst-
achtung jede intimere Annäherung. Immerhin hat der
Schreiber dieses die Zurückhaltung nie übertrieben und nach
Wahgabe seiner Zeit Einladungen zu Vorträgen in Sektionen
der S. D. F. willig Folge geleistet, während viele deutsche Ge-
nossen in London an Eifer für die S. D. F. andere an Eifer für die
J. L. P. es mit jedem Mitglied dieser Organisationen ausnehmen.

Zum Schluß will ich noch bemerken, daß das Urtheil,
welches ich über den Kongreß der S. D. F. gefällt, in bezug
auf die projektirte revolutionäre Konferenz mit dem aller sozia-
listischen Organe des Festlandes, die ich zu Gesicht bekommen,
und in bezug auf das Verhalten zur J. L. P., mit dem aller
Organe dieser letzteren sachlich übereinstimmt. Diese Beschlüsse
konnten auch gar nicht anders aufgefaßt werden. Nachträglich
erst ist von Mitgliedern der S. D. F. den auf die J. L. P. be-
züglichen Erklärungen eine mildere Deutung gegeben und so die
Berechtigung der tabulierten Kritik indirekt anerkannt worden.
Da ich nie geschrieben habe, daß „Das“ zwischen der J. L. P.
und der S. D. F. besteht, kann ich in dieser Hinsicht nichts zurück-
nehmen. Ich möchte aber auch nicht das Gegentheil behaupten
— ja, würde es unbillig finden, etwa nur gegenseitige Liebe und
Freundschaft haben und drüben zu erwarten. Wo Rivalität be-
steht, sind Reibereien nur zu menschlich. Wenn also Genosse

Lee mir die Einladung der J. L. P. zu der Versammlung bei Ge-
legenheit des Textilkongresses als Beispiel guten Zusammenarbeitens
vorhält, so muß ich ihn in aller Freundschaft bitten, mich nicht
für einen Neuling zu halten, der sich durch solche Schau-
vorstellungen über den wahren Stand der Dinge hinwegläßt.
Es besteht ein Gegensatz, und weit entfernt, eine gegenseitige
Kritik beider Organisationen zu verpönen, habe ich sie, wieder-
hole ich, im Gegentheil für wünschenswerth erklärt. Ich bin
nicht parteiisch für die J. L. P., durchaus nicht, so wenig wie
der Korrespondent von „Reynold's Newspaper“, der feststellte,
daß auf dem Trades Unions-Kongreß von Norwich eine der
charakteristischsten Erscheinungen die Stärke der Vertretung
der J. L. P. und die geringe Zahl („paucity“) der rein sozial-
demokratischen — d. h. der zur Föderation gehörenden — Dele-
gierten war. Dieser Korrespondent ist einer der ältesten, be-
kanntesten und eifrigsten Mitglieder der S. D. F. und gehört,
wenn ich nicht sehr irre, ihrem Vorstand an. Daß aber auf
einem Arbeiter-Kongreß, der sich mit so großer Mehrheit für den
Sozialismus erklärte, gerade die Organisation so schwach vertreten
war, die den Anspruch erhebt, die sozialistische Organisation Englands
par excellence zu sein, die in der Agitation zuerst auf dem
Plan war, ist das nicht allein ein Beweis, daß ihr praktisches
Verhalten gegenüber der Arbeiterbewegung Mängel aufweisen
muß? Daß habe ich in meiner Korrespondenz ausgeführt; ich
habe mich nicht begnügt, die Thatsache zu konstatieren, sondern
habe auch nachzuweisen gesucht, wo der Fehler liegt. Das mag
nicht jedem angenehm sein, aber gehört nach meiner Ansicht
zur Pflicht des Korrespondenten eines Arbeiterblattes.

Da der Brief Lee's ausdrücklich und wiederholt die Bericht-
erstattung des „Vorwärts“ aus London angreift, so unterzeichne
ich, da ich unbestimmte Angriffe nicht liebe, für diesmal mit
meinem Namen. Ed. Bernstein.

Parteinachrichten.

**Landesversammlung der Sozialdemokraten Württem-
bergs.** Am Sonntag, den 23. September, fand die diesjährige
Landesversammlung im reichgeschmückten Saale der Arbeiterhalle
in Stuttgart statt. Vertreten sind 98 Mitgliedschaften durch
192 Delegierten, welche ca. 6000 württembergische Genossen
repräsentieren, außerdem ist je ein Vertreter Wagners und Badens
omnesend. Um 11 Uhr Vormittags wurden die Verhandlungen
eröffnet und erstattete der Vorsitzende des Landesvorstandes den
Thätigkeitsbericht. Aus demselben ist zu ersehen, daß im laufenden
Geschäftsjahr von dem Landesvorstand über 1800 Briefe ab-
geschickt wurden, während gegen 1500 bei demselben eingegangen
waren; die Mitgliedschaften haben sich um 17 vermehrt und be-
tragen jetzt 109. In Hohenzollern wurden verschiedene Versammlun-
gen abgehalten, die sehr erfolgreich gewirkt haben. In
Württemberg wurden durch Vermittlung des Landesvorstandes
162 Versammlungen abgehalten; außerdem wurde eine große
Anzahl von Versammlungen von den Mitgliedschaften selbst ein-
berufen. Wie durch mündliche so wurde auch das Land durch
schriftliche Agitation bearbeitet, es kamen 2 Flugblätter in
einer Auflage von 320 000 Stück zur Verbreitung, außerdem eine
Brochüre in einer Auflage von 5000 Stück, Parteiprogramme
wurden über 6000 auf dem Lande abgesetzt, überdies wurde
von der „Tagwacht“ eine Agitationsnummer in großer Masse
hergestellt, welche im Lande überall günstig aufgenommen wurde.

Zu den bevorstehenden Landtagswahlen hat der Landes-
vorstand die nöthigen Vorbereitungen getroffen, die Kandidaten
für die einzelnen Wahlkreise wurden aufgestellt, das Programm
festgestellt und veröffentlicht, so daß dem beginnenden Kampfe
mit Ruhe entgegen gesehen werden kann. — Der Kassenbericht
weist einen günstigen Stand auf und beträgt bei einem Jahres-
umlauf von 8238,32 M. der Kassenbestand 2450,98 M., was zwar
in Anbetracht der kommenden Landtagswahlen ein kleiner Betrag
ist. Aus dem Bericht über das Parteiorgan ist zu ersehen, daß
der Stand ebenfalls ein günstiger ist; die „Schwäbische Tag-
wacht“ ist das zweitgrößte Blatt Württembergs; der Abonnenten-
stand wächst täglich und hat die „Tagwacht“ dieses Jahr einen
kleinen Ueberschuß aufzuweisen.

Bei den Neuwahlen zum Landesvorstand wurden die Genossen
Sperla als Vorsitzender, Reichardt als Kassierer und Benz als
Schriftführer wiedergewählt. Die Genossen Hermann und
Wagner als Beisitzer neugewählt. Nun wurde in die Verathung
der einzelnen Anträge eingetreten und zum weiteren Aufbau
unserer Partei mancher Stein beigetragen. Mit Worten des
Danks und der Ermunterung schloß Genosse Dieß kurz vor
7 Uhr die imposante Landesversammlung und wurde auf die
internationale revolutionäre Sozialdemokratie ein dreifaches Hoch
ausgebracht. Von den badischen Genossen, die am Hohenwiel
versammelt waren, lief ein vom Genossen Krohn unterzeichnetes
Begrüßungstelegramm ein, ebenfalls vom Genossen Lutz in
Baden-Baden. — Zu Ehren der Delegierten und zur Feier des
25jährigen Bestehens der sozialdemokratischen Parteiorganisation
in Württemberg veranstaltete die Mitgliedschaft Stuttgart eine
Unterhaltung, bestehend aus Gesangs- und Musikvorträgen.
Genosse Klotz gab in seiner Festrede einen Rückblick auf die ver-
flossenen 25 Jahre und feuerte die Genossen zum ferneren Kampfe
für die Befreiung des Proletariats an.

**Der Parteitag für den Wahlkreis Hanau-
Gelnhausen, Orb,** der am Sonntag an letzterem Orte
tagte, war von 37 Delegierten aus 31 Orten besetzt. Hoch-
frankfurt a. M. referirte über den dort stattfindenden Parteitag.
Angenommen wurden folgende Anträge, die auf dem Frankfurter
Parteitag gestellt werden sollen: 1. Alle Parteigelde sind mög-
lichst der am Orte ernannten Vertrauensperson zu überweisen.
2. Eine billige Ausgabe eines Kalenders zum Preise von 10 Pf.
nach dem Beispiel der württembergischen Genossen mit Rücksicht
auf die Landbevölkerung herauszugeben. — Als Delegierte für
den Parteitag wurden gewählt die Genossen Hoch, Stein
und Graß. — Zum Punkt Agitation und Organisation
referirte Dieß Hanau; angenommen wurde der An-
trag, in nächster Zeit im Kreise ein gemeinver-
ständliches Flugblatt zu vertheilen. Des Weiteren sollen Vor-
träge gehalten werden über das kurhessische Gemeinde-Wahlrecht,
dessen Aenderung die Regierung plant. — Bezüglich der Presse
(Frankfurter Volksstimme) beschloß der Parteitag, daß jeder Ort
des Kreises eine bestimmte Summe zum Preisfonds beitrage, um
das Blatt finanziell sicher zu stellen. Der Kassenbericht ergiebt,
daß einem Kassenbestand von 930,84 M. und einer Einnahme
von 863,16 M. eine Ausgabe von 507,50 M. gegenüber steht, so
daß ein Ueberschuß von 1286,50 M. vorhanden ist. Als Kreis-
Vertrauensmann wurde Daßbach Hanau gewählt. Hierauf
wurden die Verhandlungen geschlossen.

Partei-Konferenz. Am 23. September tagte in Bramsche
bei Osnabrück die erste öffentliche Parteikonferenz des 4. han-
noverschen Reichstags-Wahlkreises (Osnabrück-Hsburg). Vertreten
waren die Orte Osnabrück, Bramsche, Dijken, Quakenbrück, Bad-
bergen, Bortorf, Pente und Hejepe. Nach der Berichterstattung
wurde in bezug auf Agitation beschlossen, von Zeit zu Zeit eigens
für den Kreis abgesetzte Broschüren herauszugeben. In bezug auf
Organisation wurde beschlossen, im ganzen Wahlkreis das Ver-
trauensmännersystem einzuführen, am Vorort eine Agitations-
komitee einzusetzen, welches dann Hand in Hand mit den einzelnen
Vertrauensleuten arbeitet. Zum Frankfurter Parteitag wurde
Genosse Schrader Bramsche als Delegirter gewählt. Auch
nominirte die Konferenz denselben Genossen als Kandidaten für
den vierten hannoverschen Reichstags-Wahlkreis, in welchem bis-
lang Genosse Bebel kandidirte. Zum Schluß sprach die Kon-
ferenz ihre Mißbilligung darüber aus, daß das Provinzial-
komitee trotz Ersuchens die Abwendung eines Vertreters zu der
Konferenz abschlägig beschied. Nach einem letzten Schlußwort
schloß Genosse Schrader die Konferenz.

Als Delegierter zum Frankfurter Parteitag wurde für W. Arnen der Genosse Rudolf von Döring gewählt. — In Vergedorf wurde beschlossene, die Zahl der vom Kreis nach Frankfurt zu entsendenden Delegierten auf drei festzusetzen; vom genannten Ort wurde Genosse G e b e l als solcher nominiert.

Von der Agitation. In Wuttstädt (Thüringen) sprach am 9. d. M. der Genosse Th. v. Richter; die Versammlung war sehr gut besucht und verlief in bester Weise; auch einige Pastoren hatten sich eingefunden. — Der Reichstags-Abgeordnete R e i s h a u s, Erfurt sprach am 16. d. M. in einer Versammlung in Kranichfeld über: „Die Thätigkeit des Deutschen Reichstags“. Der in der Versammlung anwesende Vitar, von dem man erwartet hatte, daß er sich an der Diskussion beteilige, zog es vor, das Hofenpanier zu ergreifen. Die Versammlung war auch von Wählern aus dem weimarischen Kurbau des Städtchens zahlreich besucht, ohne daß die öffentliche Ruhe und Ordnung des Großherzogthums gestört worden wäre. — Am Sonntag den 16. September fand in Freiburg i. Schl. eine von circa 400 Personen besuchte Volksversammlung unter freiem Himmel statt. Genosse R ü h n erstattete Bericht über die Thätigkeit des Deutschen Reichstags. Das zahlreiche Angebot von Polizeikräften erwies sich als gänzlich überflüssig. — Die Krieler Genossen verbreiteten am letzten Sonntag die „Schleswig-Holst. Volks-Zeitung“ in einer Auflage von 6000 Exemplaren in dem Stadtgebiet. Die Vertheiler berichteten, daß sie überall gut aufgenommen worden seien. — Gleichfalls am letzten Sonntag war die Magdeburger „Volkstimme“ in 50 000 Exemplaren von den Magdeburger Genossen verbreitet worden. Während nun die Ausdräger der „patriotischen“ Blätter seit Wochen und zwar auch an Sonntagen dasselbe, unbehelligt von der Polizei, thun durften, wurde eine Anzahl der Genossen bei der Verbreitung von der Polizei angehalten, ihre Namen festgestellt und die Zeitungen zum Theil inwehhalten. — In Vergedorf tagte am Sonnabend eine überaus gut besuchte Versammlung, in welcher Genosse P f a n n l u c h Berlin unter großem Beifall über das Parteiprogramm sprach.

Die sozialdemokratische Frauenbewegung nimmt überall an Stärke zu, so jauchert das Siegnitzer Tagesblatt und spottet, daß auf dem letzten Kongreß der deutschen Sozialdemokratie eine „große Anzahl Delegierte im Unterrod“ aufgetreten sind. Das Blatt klagt, daß, ebenso wie nach dem letzten Parteitag, auch heuer eine Konferenz der weiblichen Delegierten geplant ist. „Es ist zweifellos“ schreibt das Blatt — daß die Sozialdemokratie eine viel festere Stellung gewinnt, wenn sie einen großen Theil der Frauenwelt hinter sich hat, und darum gerade verdient die sozialdemokratische Frauenbewegung eine ganz besondere Beachtung.“ Wir freuen uns, daß die „Frauenbewegung“ den Gegnern dieses Urtheil abgetrotzt hat.

Die Herren Gegner lernen von uns. Ueberall, wo Sozialdemokraten auf den Plan treten, werden sie aus ihrer behäbigen Ruhe aufgeschreckt und müssen sich rühren, wenn sie ihre dominierende Stellung noch eine Zeit lang behaupten wollen. So geht es jetzt den Leipziger Ordnungsparteien, die nun durch die mißglückte Bürgerrechtsverweigerung zum selbständigen Handeln gezwungen sind. Der Leipziger „Wähler“ schreibt darüber: Bekanntlich haben die Ordnungsparteien bereits vor längerer Zeit ein Bureau, das die Säumnigen zur Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit und des Leipziger Bürgerrechts anzuweisen hat, in der Senefelderstraße errichtet. Das genügt ihnen jedoch noch nicht zu ihren Zwecken. Jetzt hat auch der „Vaterländische Verein“ noch eine „Auskunfts- und Vermittelungsstelle“ zu gleichem Zwecke in der Expedition des Herrn Rechtsanwalts Kreiswimmer, Neumarkt 16, errichtet. Ob diese fieberhafte Thätigkeit eine Niederlage der Ordnungsparteien verhindern wird? Wenn unsere Genossen nach jeder Nüchternheit ihre Schuldigkeit thun, rettet weder ein offener Angriff noch ein versteckter Streich die Kartellträger vor dem Durchfall. Der Eifer unserer Gegner darf an den unserigen nicht heranreichen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Zahlstelle des Vereins deutscher Schuhmacher in Fürstentum a/Sprea hielt am 28. Mai d. J. eine Versammlung ab, zu welcher der Einladung zufolge jedermann Zutritt haben sollte. Der Beamte wies jedoch Frauen und alle Personen, die nicht Schuhmacher waren, zurück. Da er mit Schließung der Versammlung drohte, mußte man sich fügen. Der Vorsitzende legte aber Beschwerde ein, zunächst bei dem Landrath, dann bei dem Regierungspräsidenten. In beiden Instanzen wurde die Beschwerde zurückgewiesen. Nunmehr ist Beschwerde beim Ministerium eingelegt.

Freisprechung wegen „unbefugten Kollektirens“ erzielte der Genosse Krieg-Barman vor der Strafkammer zu Elberfeld. Er hatte während des Nienmieders-Streiks für die streikenden Arbeiter Geld gesammelt. Das Schöffengericht hatte den Beschuldigten deshalb zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt, die Strafkammer erkannte am 8. August v. J. auf Freisprechung, da nach der erwähnten Polizeiverordnung nur dann eine strafbare Handlung vorliegen würde, wenn die Kollekte von einem Verein veranstaltet worden wäre. Das Kammergericht hob aber am 23. November das freisprechende Urtheil auf und wies die Sache an die Strafkammer zurück, da die Frage zu prüfen sei, ob die Vereinigung der Streikenden und ihrer Lohnkommission nicht schon als Verein zu betrachten sei. Bei der Verhandlung handelte es sich auch darum, ob nicht der Verband der Textilarbeiter die Sammellisten in Umlauf gesetzt habe, was jedoch vom Angeklagten in Abrede gestellt wurde. Auch Polizeikommissar Petrowki von Warmen wußte darüber keinen Aufschluß zu geben, hielt aber die Genossenschaft der Streikenden für keinen eigentlichen Verein. Das Gericht erkannte daher nach langer Verathung abermals auf Freisprechung, da die streikenden Nienmieders keine Verein gebildet hätten. Auch die Vertheidigungskosten werden der Staatskasse aufgebürdet.

Soziale Ueberlicht.

Große Arbeiterentlassungen stehen im Harz bevor. Der Ausschichtath der Harzer Werke zu Rübeland und Jorze hat beschlossen, den gesamten Hüttenbetrieb auf 3 Monate einzustellen. Man hofft, daß durch den Bahnbau Wernigerode-Quedlinburg, der in Aussicht steht, bessere Bahnverbindungen, sowie geringere Frachtsätze geschaffen werden.

Die Folgen der Uebertragung öffentlicher Arbeiten an Privatunternehmer zeigen sich recht deutlich bei einem in der dänischen Stadt K ö g e ausgebrochenen Streik. Dort sind öffentliche Dampf-Banarbeiten einem Privatunternehmer übertragen, der seinen Profit dadurch zu erhöhen suchte, daß er den Arbeitslohn herabsetzte. Während sonst überall für derartige Arbeiten 80 Cere (etwa 35 Pf.) per Stunde bezahlt werden, bietet der Unternehmer nur 25 Cere. Der Stadtrath, der alles Andere in dem Vertrage ganz genau bestimmt hat, kümmert sich natürlich um den Lohn der Arbeiter nicht. Was geht es ihn an, ob die Arbeiter auskömmlich bezahlt werden oder nicht; ja die Stadtbehörde hält es für ihre Pflicht, sich auf die Seite des Unternehmers und der von ihm herbeigerufenen Streikbrecher zu stellen. Wenn die Städte solche Unternehmungen selbst ausführen würden, könnten sie bessere Löhne zahlen, ohne daß ihnen die Herstellung theurer als jetzt zu stehen käme, nur würden dann die guten Freunde der Herren Stadträthe nichts verdienen.

Der Verband der Verwaltungsbeamten der Orts-Krankenkassen Deutschlands hielt am 22. und 23. September in Leipzig seinen Verbandstag ab. Der Verbandstag war von 28 Delegierten

und dem Verbandsvorstand sowie von 108 Mitgliedern desselben besucht.

Nach dem Bericht des Herrn Prinz über die Thätigkeit des Verbandes zählt der Verband über 1000 Mitglieder und ist eine Audienz beim Staatssekretär v. Voetticher nachgesucht und ertheilt worden. Diese hatte den Zweck, die Meinung der Regierung einzuholen, wie sie über die gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Verwaltungsbeamten der Orts-Krankenkassen denke und ob sie die gesetzliche Regelung ihrer Verhältnisse unterstützen würde. v. Voetticher hat die Kommission erucht, mit festen Vorschlägen dem Bundesrathe zu nahen und hat sein Wohlwollen bei Beurtheilung derselben in Aussicht gestellt. Nun kamen folgende Gegenstände zur Verhandlung: Herbeiführung einer gesetzlichen Regelung der Krankenkassen-Stellung; Beschlußfassung über Form und Inhalt einer an den Bundesrath abzuführenden Petition; Fällungnahme mit den einzelnen Landesministerien und Einholung der Urtheile derselben über die Herbeiführung einer gesetzlichen Regelung der Krankenkassen-Stellungen; Fällungnahme mit den Orts-Krankenkassen-Vorständen und Anregung derselben zur Bildung von Provinzialverbänden.

S u s t C h e m n i z nahm Veranlassung, auf einen in Nr. 218 des „Vorwärts“ erschienenen Artikel, der sich mit der Organisation der Orts-Krankenkassen beschäftigt, näher einzugehen und brachte damit eine langandauernde und ziemlich lebhaft debattirte hervor, die schließlich auch die nötige Klärung brachte. Er führte aus, daß der „Vorwärts“ sich mit seinen Schlussfolgerungen im Irrthum befinde, wenn er annehme, daß die Bestrebungen des Verbandes darauf hinauslaufen, Staatsbeamte zu werden, ebenso wenig wolle man einen Verband haben, dem nur gewisse Kategorien von Beamten angehören. Er bringe dies zur Sprache, weil der Artikel des „Vorwärts“ von anderen Blättern übernommen worden sei, die so die Bestrebungen des Verbandes in falschem Lichte erscheinen ließen; er fordere deshalb den Verbandstag auf, eine Erklärung nach dieser Richtung abzugeben und brachte auch eine diesbezügliche Resolution ein. Auch in einen Gegensatz zu den Orts-Krankenkassen-Vorständen wolle der Verband sich nicht stellen. R e b s - W e i s e n f e l d, Vorsitzender der Orts-Krankenkasse V, betont, daß dem Artikel des „Vorwärts“ und seinen Schlussfolgerungen doch andere Motive zu Grunde lägen, als Herr S u s t vorgebe. Wenn der „Vorwärts“ angenommen hat, daß die Beamten eine Sonderstellung einnehmen und auf Verstaatlichung ihrer Stellung und damit der Klassen hindrängen wollten, so sei daran der Vorsitzende selbst Schuld, indem er mit der gehaltenen Audienz beim Staatssekretär v. Voetticher in den Blättern zu viel Aufhebens gemacht habe. Wenn man sich zunächst an die Behörden und dann erst mit nebensächlichen Fragen an die Vorstände wende, so beweist das, daß die Vorstände bei Seite geschoben werden sollen und hiergegen müsse Front gemacht werden. Das Gesetz räume jetzt den Vorständen der Orts-Krankenkassen das Recht ein, Beamte anzustellen und in Folge dessen sind die Beamten auch Arbeiterbeamte und sie hätten gemeinsame Interessen mit den versicherten Mitgliedern. Er wünsche, daß der Resolution eine diesbezügliche Fassung gegeben werde. Prinz-Rottbus verwarf sich dagegen, daß er durch sein Verhalten mit der Audienz die falsche Auffassung hervorgerufen habe; er habe weiter nichts als die Thatfachen mitgeteilt und wenn dies eine falsche Auffassung hervorgerufen habe, so sei dies nicht seine Schuld. Auch er weise entschieden zurück, daß die Beamten eine Sonderstellung wollten. Nicht schön sei es vom „Vorwärts“ gewesen, ihn dem „Wahlwollen“ seines Vorstandes zu empfehlen und seinen Namen öffentlich an den Pranger zu stellen. F i n k e - T r e d d e n meint, daß ein Vorschlag zur Verstaatlichung der Klassen gemacht werden könne, so lange aber die Beamten es wollten, sei keine Aussicht auf Erfolg. Er wünsche, daß der Petition eine Resolution angefügt werde in dem Sinne, daß die Verstaatlichung der Orts-Krankenkassen ins Auge gefaßt werden möge.

Die weitere Debatte bewegt sich zum Theil in diesem Sinne. Es wird schließlich die Absendung einer Petition sollen gelassen und der Vorstand beauftragt, das Schreiben an die Vorstände abzufassen und abzusenden, sowie Verhandlungen anzuknüpfen. Sobald wird eine Erklärung angenommen, die sich gegen den erwähnten Artikel des „Vorwärts“ richtet, von dem behauptet wird, daß in ihm unrichtige Schlussfolgerungen gezogen sind.

Wir sind durch die Verhandlungen des Verbandstages in unserem Urtheil nur bestärkt. Eine Vereinigung, die versucht, etwas für ihren Beruf zu erwirken durch eine Audienz bei dem Minister, wird in anbetrach der Lage ihrer Berufsgegenossen von vornherein bei den Arbeitern oder Arbeiterzeitungen keine besondere Sympathie beanspruchen können. Wir sind der festen Ueberzeugung, bei berechtigten Klagen und Beschwerden der Orts-Krankenkassen werden die Mitglieder auf Abheilung von Uebelständen selbst dringen. Gegen eine dauernde Anstellung der Beamten haben die Mitglieder alle Veranlassung, sich entschieden zu wehren, denn wohin diese Einrichtung führt, davon wissen die Mitglieder ein Lied zu singen, und wird jetzt recht wohlthuend die Aenderung bemerkt. Die Orts-Krankenkassen-Beamten sind zum größten Theil aus dem Arbeiterstande hervorgegangen. Wollen sie etwas thun für die Arbeiterbewegung, so mögen sie in ihren ehemaligen Berufsorganisationen thätig mitwirken; da fehlen aber die Herren mit wenigen Ausnahmen, wenn sie nicht gar den Bestrebungen feindlich gegenüber stehen. Deshalb würde es sonderbar erscheinen, wenn der „Vorwärts“ diese Vereinsbestrebungen unterstützen würde.

Die Lohnzahlungen an minderjährige Arbeiter sollen nach einem Beschlusse der Chemnitzer Bezirksversammlung für die Amtshauptmannschaft gemäß dem § 119a der Gewerbe-Ordnung geregelt werden. Genannter Paragraph besagt unter 2, 2 und 3: 2. „daß der von den minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern oder Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach deren Beschneidung über den Empfang der letzten Lohnzahlung unmittelbar an die Minderjährigen bezahlt wird; 3. daß die Gewerbetreibenden den Eltern oder Vormündern innerhalb gewisser Fristen Mittheilung von den an minderjährige Arbeiter gezahlten Lohnbeträgen zu machen haben.“ Zu Verhandlungen hiergegen können nach § 148 der Gewerbe-Ordnung bis zu 150 M. event. mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft werden. — Diese Bestimmungen, so wenig sie nach dem im Allgemeinen gemachten Erfahrungen Beachtung finden werden, passen ausgezeichnet zu dem System, wie wir es von der Amtshauptmannschaft Chemnitz auch auf anderen Gebieten gewohnt sind.

Gewerkchaftliches.

An die Gewerkschaften Berlins!
Das Bureau der Berliner Gewerkschafts-Kommission befindet sich von Sonnabend, den 29. September cr. ab Grenadierstr. 10, vorn I und ist vom 1. Oktober ab geöffnet von Vormittags 10 bis 1 Uhr und von Abends 6 bis 7 Uhr.

Am 28. September bleibt das Bureau des Umzuges wegen geschlossen.
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Für die Kartonbranche findet am Mittwoch, den 26. Sept. bei Ehrenberg, Kamenstraße 16, eine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: Die miserablen Maßnahmen und Zustände in der Kartonfabrik von Cohn u. Friedländer, Stroblauerstraße.

Kollegen und Kolleginnen! Die herrschenden Mißstände in jener Fabrik müssen der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Sorgt dafür, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere solche, die in Fabriken arbeiten, wo die Verhältnisse ebenso schlecht sind, wie in der oben genannten, in dieser Versammlung erscheinen. Die Vertrauenspersonen der Kartonbranche.

An die Tapezierer in Berlin und Umgegend. Seit dem 15. September d. J. befinden sich die Berliner Tapezierer im partiellen Streik, um den neu aufgestellten Minimaltarif zur Durchführung zu bringen. Trotzdem es gelungen ist, in verschiedenen Werkstätten den Tarif, ohne die Arbeit niedrigerlegen zur Anerkennung zu bringen; befinden sich doch noch über hundert Kollegen im Ausstand. Als besonders hervorzuheben und als gesperrt zu betrachten sind die Werkstätten Dittmar, Mollenmarkt; Hoffmann, Köpenickerstr. 113a; Witt, Dettlauerstr. 11; Joachim, Neue Königstr. 59; Schöll, Kurfürstendamm 120; Edstein, Wilhelmstr. 51. Letzterer hat zwar die Forderungen bewilligt und unterschrieben, auf Betreiben seines Geschäftsführers suchte er aber einige Kollegen zu mahnen, in Folge dessen alle Kollegen die Arbeit einmüthig niederklegten. Zugang nach diesen Werkstätten ist fernzubalten. Alle Sendungen und Zuschriften sind zu richten an Georg Menze, Restaurant Freigang, Schützenstr. 18-19.

Der Verband deutscher Schuhmacher giebt bekannt, daß der Fachunterricht, der alle Fächer der Schuhmacherei umfaßt, am Mittwoch, den 3. Oktober beginnt. Anmeldungen nimmt entgegen A. Dittmar, Arnstr. 24. Nähere Auskunft über Eintrittsbedingungen ertheilt die Kommission.

Friedrichshagen. Parteinossen! Am Sonnabend, den 29. September, Abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Herrn Max Lerche, Hundtheil, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Wilhelm Liebknecht über das Thema: „Der Klassenstaat, die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie“ referiren wird. Pflicht eines jeden Genossen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen, sowie in seinem Kreise die Versammlung möglichst bekannt zu geben, damit auch in agitatorischer Beziehung die Versammlung ihren Zweck erfüllt. Der Vertrauensmann.

Vom Vergarbeiter-Streik im Waldenburger Revier wird uns von dort mitgeteilt, daß jetzt gegen 9000 Mann im Ausstand sich befinden. Am 20. d. M. fand eine Versammlung der Streikenden in Rothenbach statt, die von etwa 1000 Ausständigen besucht war. Eine Menge Genossen, der Landrath, Amtsvorsteher u. s. w. hatten sich zur „Bewachung“ eingefunden. Einer Nachricht der „Breslauer Zeitung“ aus Schw eid n i z zufolge soll dort ein Bataillon Infanterie in der Kaserne konfignirt sein, bereit, um „nötigenfalls“ nach dem Streikgebiete abzugeben. Und daß trotzdem im Streikrevier alles vollkommen ruhig ist! Genosse Legner-Weißstein, welcher in der obigen, sowie auch in einer Versammlung in Ober-Hermisdorf referirte, rief den Streikenden angesichts der schlecht gewählten Zeit und der schwachen Organisation mehr ab vom Streik, als daß er sie aufmunterte. Nachdem die Vertrauensleute Bericht erstattet, beschloffen die Vergleute weiter zu streiken. In einer anderen Versammlung wurde ein Besonderekomitee gewählt, welches die Klagen der Vergleute beim Vergleichsgericht einleiten soll. — In bezug auf unseren letzten Bericht wird uns mitgeteilt, daß der Direktor Festner, auf dessen Grube auch diesmal, gleich wie im Jahre 1899, der Streik zuerst ausgebrochen ist, damals nicht bei der Grube „Gustav“, sondern auf dem „Hermisdorfer Kohlenbergwerk“ als Direktor angestellt war.

Der Streik der Former der Firma Mühlen und Sebeck-Geestemünde ist beendet, jedoch bleibt die Sperre über die genannte Fabrik bis zur Wiedereinstellung der Ausständigen bestehen.

Die streikenden Seidenweber und Weberinnen von Wieselried richteten an den Magistrat ein Schreiben, in welchem sie demselben anheimstellten, eine andere Kommission zwecks Untersuchung der Lohntaxen einzusetzen, nachdem die Verhandlungen der ersten Kommission resultatlos verlaufen. Der zugezogene Herr Stadtrath hatte es nämlich abgelehnt, mit dem seitens der Arbeiter entsandten Obmann des Wieselrieder Gewerkschaftsartells zu verhandeln.

Einer Berechnung des französischen Arbeitsamtes zufolge sind im Jahre 1898 den französischen Arbeitern durch Streiks 3 170 000 Arbeitsjahre verloren gegangen, die einen Geldwerth von mindestens zehn Millionen Franken darstellen. — Es ist klar, daß derartige Berechnungen nur angeführt werden zu dem Zweck, den Arbeitern das Schädliche der Streiks vor die Augen zu führen. Alle diese Verluste durch Ausstände sind aber nur Scheinbare, wenigstens dann, wenn nicht bloß einzelne Arbeiter, sondern die gesamte Arbeiterklasse in Frage kommt. Der Einzelne mag wohl hier und da einen Ausfall an Verdienst haben, die Klasse der Arbeiter nicht, denn durch eine vorübergehende, auf einen bestimmten Bezirk beschränkte Arbeitsruhe wird die Konsumtion nicht vermindert, sie geht entweder eintheilen von dem vorhandenen Ueberschuß oder sucht andere Bezugsquellen. In letzterem Falle käme der den Streikenden entzogene Lohn einfach anderen zu Gute.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 25. September. In Piesting führten zehn Arbeiter, welche bei einer Brunnenarbeit einen gefährdeten Schlossergehilfen retten wollten, in den Brunnen. Zwei von ihnen wurden getödtet, die übrigen schwer verletzt.

Bern, 25. September. Die diplomatische Konferenz für Bildung eines internationalen Verbandes zur Veröffentlichung von Staatsverträgen übertrug die Leitung ihrer Verhandlungen dem Bundesrath Lachenal, Chef des Departements des Auswärtigen.

Rom, 25. Sept. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, erließ der Minister des Innern heute ein Dekret, welches anordnet, daß die Waffen, die von den Bewohnern Siziliens während des Belagerungszustandes abgeliefert wurden, denselben zurückgegeben werden. Diese Verfügung wurde infolge eines Beschlusses des Generals Mirri, daß auf der ganzen Insel die öffentliche Ordnung wieder hergestellt erscheine, erlassen.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Amsterdam, 25. September. Der Bürgermeister theilte den Einwohnern mit, daß im Spital ein Mann an der Cholera gestorben sei. Es seien jedoch alle Maßregeln ergriffen, um ein Umsichgreifen der Krankheit zu verhindern.

Venedig, 25. September. In Quastalla, sowie in mehreren anderen Ortschaften der Provinz Reggio sind mehrere sozialistische Arbeitervereine aufgelöst worden.

Sofia, 25. September. Die Minister Tentschew und Radoslawow haben ihre Demission eingereicht und motivirten dieselbe damit, daß ihre Kollegen antikonstitutionelle Agitation betreiben.

Paris, 25. September. Einem Telegramm der „Glasette“ zufolge sind auf Madagaskar Leben und Eigenthum der Fremden gegenwärtig sehr gefährdet.

London, 25. September. „Daily News“ berichten aus Petersburg, daß die Nachricht, mehrere Tausend Russen seien auf dem Marsche nach Korea begriffen und die russische Flotte halte sich in Wladivostok bereit, unbegründet sei.

London, 25. September. Der englische Forschungsreisende Collyam äußerte sich über die voraussichtlichen Folgen des japanisch-chinesischen Krieges dahin, daß der letztere in China eine Revolution und die Abhebung der jetzigen Dynastie herbeiführen werde. Die Ursachen der Niederlagen der Chinesen sei der Mangel an Generalen in ihrer Armee.

Sau Franzisko, 25. September. Die Königin von Hawaii sandte einen Vertreter nach Washington, welcher dort einen Prozeß gegen die amerikanische Regierung einleiten soll. Die Königin verlangt 200 000 Dollars Entschädigung, da sie durch die Fällung eines amerikanischen Schiffskapitäns abgesetzt worden sei.

Arbeiter! Parteigenossen!

Der brutale Willkürakt des Brauereirings hat noch der Ehre. Den Hunderten unschuldig auf Pflaster geworfenen Arbeitern ist noch keine Genugthuung geworden. Arbeiter und Parteigenossen! Ohne eure opferwillige Unterstützung würden die Gemahregelten der bittersten Noth verfallen und gezwungen sein, um Gnade zu betteln. Die Hochherzigkeit der Berliner Arbeiterschaft hat diese Schmach verhindert. Der erste Sturmangriff des Propagandisten scheiterte an eurer Solidaritätsgefühl. Nicht eine Breche vermochte der Bierring in eure Reihen zu legen. Einig, geschlossen, kampfmüthig und opferwillig seid ihr fest entschlossen, den entbrannten Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Arbeiter, Parteigenossen! Euer Wollen garantiert euer Können! Ihr könnt, wenn ihr wollt. Den zweiten Sturmangriff auf eure Phalanx mußten die dem Bierring Lehensdienste leistenden Saalbesitzer unternehmen. Die Agitation sollte unterbunden, das Mund-todtmachungssystem praktiziert werden.

Auf der Mine, die sie gegraben, sind die Saalbesitzer aufgeklungen. Ihr Wehgeschrei könnte Mitleid erwecken. Arbeiter, Parteigenossen! Selbst der Himmel, auf den der Bierring seine letzte Hoffnung setzte, ist mit uns im Bunde. Die Saison kann dem Ring nicht mehr über die Verlegenheiten hinweghelfen, die mit jedem Tag des weiteren Kampfes sich thurmhoch häufen.

Ausharren bedeutet für uns siegen. Unsere Position ist uneinnehmbar. Der Stand des Boykotts ist ein vorzüglicher. Wir können zuwarten, ohne entbehren zu müssen. Arbeiter, Genossen! Je konsequenter der Boykott durchgeführt wird, desto nachhaltiger seine Wirkung, desto entscheidender der Sieg. Duldet keine Ausflüchte, keine Ausreden. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Soweit unser Einfluß reicht, muß das Ringbier verpönt werden. Nicht ein Tropfen darf getrunken werden.

Arbeiter, Genossen! Die Bierzufuhr ist eine geregelte. Sie wird mit jedem Tag der Fortdauer des Boykotts eine bessere. Alle Ansprüche können befriedigt werden. Darum widersteht jeder Versuchung, Ringbier zu trinken. Die schwerste Arbeit ist gethan. Die Periode der Organisation des Kampfes war die aufreibendste. Jetzt wird uns der Kampf leicht, weil wir das Terrain zum guten Theil beherrschen. Der Sieg muß unser werden, wenn wie bisher mit gleicher Schärfe und Ausdauer der Parole gefolgt wird.

Hoch der Boykott sämtlicher Ringbrauereien! Trinkt keinen Tropfen Ringbier!

Die Boykottkommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Inh. Max Demhardt, N.W., Hannoverstraße 18a. Tel. III. 8178.
- Schlößchenbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichtersfelde.
- Brauerei Jagdschlöfchen, Eberswalde, Niederlage, Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Brauerei in Storkow (in Firma A. Mieth), Vertreter: Spielermann, Weberstraße 66.
- Louisen-Brauerei, Wellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Tanz, Fürstenwalde a. D. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Eudenberg, Niederlage Gust. Spielermann, Weberstr. 66.

Wer hehlt?

Diese Frage drängt sich unwillkürlich auf die Lippen, wenn man nachgehende Presseleistung liest, welche wir der Montag-Abendnummer der „Kreuz-Zeitung“ entnehmen, wo sie an leitender Stelle zum Ausdruck gebracht ist. Der Artikel trägt die charakteristische Ueberschrift: „Ist ein fauler Biertrinker in Sicht?“ und lautet:

„Vom Bierboykott ist es recht still geworden, d. h. in der Öffentlichkeit, aber im Stillen ist die „Diplomatie“ lebhaft beschäftigt. Man weiß nicht recht, warum, da keine der beiden Parteien ein Friedensbedürfnis bekundet hat.“

Die Brauereien haben trotz empfindlicher Verluste die schlimmste Zeit überstanden, langsam freilich finden sich die Kunden wieder ein, neue Absatzgebiete sind erschlossen, der Zusammenhang unter den Berufsgegnossen ist kräftig wie nie zuvor — die wenigen „Ringfreien“, deren Anzahl im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Bedeutung steht — ändern daran nichts; das neue Geschäftsjahr beginnt mit gutem und billigen Material, die Geschäftsfrage läßt sich klar übersehen, man rechnet wieder mit bekannten Absatzverhältnissen.

Auch die Sozialisten klagen nicht. „Genosse“ Auer nennt den Zustand des Boykotts „vorzüglich“. Die Bierzufuhr sei geregelt, Lokale mit Koscherem — Pardon ringfreien — Bier giebt es genug; dagegen nur noch wenig Unterstützungsbedürftige. Ein großer Theil dieser Leute hat entweder die alten Stellungen wiedererlangt oder anderweitig Beschäftigung gefunden. Also beide Theile sind noch frisch und kräftig und beide Theile sind doch wohl nicht leichtfertig in diesem Kampf eingetreten, sondern haben sich hoffentlich die möglichen Opfer und die wahrscheinliche Dauer desselben klar gemacht.

Wenn dies von den Brauereileitern nicht gesehen wäre, so würde ihnen ein Armutsgewinn ausgestellt werden müssen. Solch gewaltiger, opferreicher Kampf dürfte nur begonnen werden, wenn man entschlossen und stark genug war, einen Sieg zu erringen. Mit der Herstellung des status quo ante ist aber kein Sieg errungen, darüber wird die feinste Diplomatie nicht hinwegtäuschen.

Es ist sehr klug von den „Genossen“, daß sie Friedensunterhandlungen mit den saalverweigernden Wirthen einzuweisen nicht wünschen, wenn nicht über Aufhebung des Boykotts zugleich verhandelt werden soll, und es beweist eine genaue Kenntnis der Verhältnisse, daß man den auf der Brauerei meistgesährdeten und meistgeliebten Mann, den „Kunden“, zum Vermittler gemacht hat; aber es steht zu hoffen, daß die vereinigten Brauereien nach fünfmonatlichen schweren Kämpfen, welche mit oft bewunderter Klugheit und „zielbewußt“ geführt sind, dem Sirenengesange der Friedensherolde Feuerstein und Kudenburg widerstehen werden.“

Also nur keinen „faulen Frieden“ schließen, keine „Wiederherstellung des status quo ante“, sondern einen „vollen Sieg“ gilt es zu erringen, so hehlt das edle Junkerblatt. Freilich, ob der Artikel auf der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ geschrieben worden ist, oder ob er nicht vielmehr von einer gewissen Stelle her lanciert wurde, von wo aus der Boykott in offensichtlicher Weise provoziert und jeder Ausgleichtsversuch bisher hintertreiben worden ist, das wollen wir dahin gestellt sein lassen. Die antisemitische Wendung vom „Koscherem“ Bier wäre noch kein Beweis von der Unrichtigkeit unserer Vermuthung. Wenn es der Profit verlangt, nimmt auch der freisinnigste Bourgeois ein Bißchen Antisemitismus mit in den Kauf. Zudem, was uns interessiert, ist das

hier offen zu Tage getretene Bestreben, die Beilegung des Boykotts zu hintertreiben und den bereits fünf Monate andauernden Kampf weiter hin zu schüren. Und das Blatt, das dieses Hegeamt offen betreibt, es gehet zu jenen Presseorganen, welche seit Proklamirung des Boykotts sich gar nicht genug darin thun konnten, diesen Kampf als von der Sozialdemokratie von langer Hand vorbereitet und als eine unvermeidliche Folge des von den Sozialdemokraten geübten Terrorismus hinzustellen.

Vielleicht mit Ausnahme der „Freisinnigen Zeitung“ ist die Verschönerung der Herren vom Brauerring, daß sie „nur ungern und in der Nothwehr“ zur Doppeldeutigkeit ihrer Arbeiter geschritten sind, nirgends gläubiger nachgehört worden als in den antisemitisch-konservativen Organen und darunter in erster Linie von der „Kreuz-Zeitung“. Und nun, wo ein paar Männer, auf die offene Erklärung unserer Vertreter hin, daß die Arbeiter bereit seien, einen ehrlichen Frieden zu schließen, sich dem Versuche unterziehen, eine Verständigung anzubahnen, da hehlt und schürt dieses Blatt unter den Ringherren, dem Sirenengesange der Friedensherolde Feuerstein und Kudenburg zu widerstehen. Das ist die Art, wie das fromme Junkerblatt den sozialen Frieden gegenüber den umstürzlerischen Sozialdemokraten fördert.

Ueberraschend kommt uns dieses Verhalten des leitenden konservativen Organs und seiner Hintermänner freilich nicht. Der frivol provozirte Boykott hat in dem Geschrei der Dunkelmänner um neue Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter zu gute Dienste geleistet, als daß man von dieser Seite gerne auf dieses Beweismittel verzichten möchte. Wir benutzten dieses Treiben der ordnungsparteilichen Hege nur den Arbeitern und unseren Genossen, damit diese ihr Verhalten danach einrichteten. Letzteres erscheint uns aber sehr klar vorgezeichnet. Wollen unsere Gegner, daß der Boykott weiter bestehe, uns kann es recht sein. Von unserem Standpunkt aus steht die Sache des Boykotts wirklich vorzüglich und bis die Arbeiter in diesem Kampfe müde werden, da können die Herren bis an den St. Nimmerleinstag warten. Wir haben gutes ringfreies Bier so viel und mehr, als wir gebrauchen, und außerdem genügendes Solale.

Wenn von unserer Seite bisher kein Versuch, zu einer Verständigung zu gelangen, zurückgewiesen wurde, so geschah es stets nur um der großen Zahl von Geschäftsleuten willen, die ohne jedes eigene Verschulden unter den Wirkungen des Boykotts schwer leiden. Wenn es aber trotz dieses Entgegenkommens unsererseits zu keinem Frieden kommen kann, so mögen die Geschäftsleute aus der Hege der „Kreuz-Ztg.“ gegen den „Sirenengesang der Friedensherolde“ ersehen, woran das liegt.

Lokales.

Die ringfreien Brauereien und die Arbeiter. Gewisse Reporter, welche die Plätze hüten hören und das Graß wachsen sehen, wußten in den letzten Tagen vieles zu erzählen von dem „Zwange“, den die sozialdemokratische Parteileitung auf die ringfreien Brauereien ausgeübt habe, um dieselben zur Anerkennung der Arbeiterforderungen zu bestimmen.

Wir haben in unserer Sonntagsnummer in einer Polemik gegen die „Freis. Ztg.“ diese verlogene Darstellung schon zurückgewiesen und wir kommen heute auf die Sache nur zurück, um der Arbeiterschaft in weiteren Kreisen Kenntniß davon zu geben, unter welchen Bedingungen die Arbeiter in den ringfreien Brauereien beschäftigt sind. Voraussetzungen wollen wir dabei, daß die nachstehend aufgeführten Abmachungen sich nur auf die in Berlin und der nächsten Umgegend domicilirten Brauereien beziehen. Ueber die Abmachungen selbst giebt das nachstehende Protokoll Aufschluß: „In der unter heutigem Datum stattgehabten Zusammenkunft von Vertretern der ringfreien Brauereien, den Mitgliedern der Boykottkommission, den Vertretern der Brauereiarbeiter und der Bierkommission wurden folgende Punkte vereinbart:

1. Forderung a), die in der an die Brauereien gerichteten Zuschrift vom 10. September 1894 aufgeführten Bedingungen: „Aufrechterhaltung und Anerkennung der bestehenden Arbeiterorganisation“, wurde einstimmig angenommen;

2. Punkt b), „Anerkennung des Arbeitsnachweises“ wurde einer Kommission von 6 Mitgliedern (3 Brauereibesitzern und 3 Arbeitern) überwiesen; jedoch gelangte hierzu noch folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die unterzeichneten Brauereivertreter erklären sich mit der Einrichtung eines von der Organisation der Brauereiarbeiter zu leitenden Arbeitsnachweises für Braugehilfen und Hilfsarbeiter einverstanden.“

Die Ausarbeitung eines Statuts wird von drei Vertretern der Brauereien und der gleichen Zahl von Arbeitern übernommen.

Die Vertreter der Brauereien verpflichten sich von heute ab, ihren eventuellen Bedarfs an Brauereiarbeiter und Hilfsarbeitern nur aus der Zahl der vorhandenen gemahregelten Arbeiter zu decken.“

3. Punkt c), „Anerkennung und Freigabe des 1. Mai“ fand in folgender Fassung Annahme:

„Die Feier des 1. Mai darf nicht zum Anlaß von Entlassungen oder Maßregelungen der Feiernden gemacht werden.“

Punkt d), „Einführung eines Minimallohnes von dreißig Mark“ wird der unter b genannten Kommission überwiesen.

Punkt e), „Festsetzung eines Maximalarbeitstages von neun und einer halben Stunde“ wird einstimmig angenommen.

Festgestellt wird, daß Punkt e) an den bisherigen Arbeitsbedingungen der Wirtcher nichts ändert.

Allseitig wird zugegeben, daß wenn bei eventueller Aufhebung des Boykotts den Ringbrauereien günstigere Bedingungen zugestanden werden sollten, diese auch für die ringfreien Brauereien in Kraft treten müßten.“

Zu vorstehendem Uebereinkommen, welches zwischen den Beteiligten in der friedlichsten Weise getroffen wurde, haben wir nur noch beizufügen, daß die unter b) erwähnte Kommission getagt und die Bestimmungen für den Arbeitsnachweis festgesetzt hat.

Die „Freisinnige Zeitung“ will es nicht wahr haben, daß sie durch ihr Verhalten den Arbeitern gegenüber, wenn diese von dem Koalitionsrecht praktischen Gebrauch machen, die „Gefahr“ der Wiederherstellung dieses Rechts bestimmen wolle. Das Blatt erklärt, „im Gegentheil zu jeder Zeit am allerentschiedensten dem Versuch einer solchen Beschränkung entgegenzutreten zu sein.“ — Wir ersuchen nun die „Freisinnige Zeitung“, uns auch nur einen Fall zu nennen, wo sie, wenn Arbeiter vom Koalitionsrecht Gebrauch machten, d. h. streikten, für die Arbeiter und ihr Recht eingetreten ist. Nur einen solchen Fall möge uns das Blatt nennen; wir wissen aber, es kann keinen anführen. Selbst die leghin behauptete Sympathie des Blattes für die westfälischen Bergarbeiter 1890 hat nur so lange vorgehalten, als die freisinnigen Abgeordneten Schmidt (Eberfeld) und Saumbach — Rosenkrantz und Guldensfern, wie die „National-Zeitung“ damals die Herren betitelte — in der Rolle des wohlwollenden Vermittlers Stimmensfang glaubten betreiben zu können. Als aber dieser Plan schlagartig und auch von oben herab das erst gebotene Jucherbrot verschwand und die Peitsche wieder in ihr altangestammtes Recht trat, da verschwand auch in der „Freis. Ztg.“ die ungewohnte Arbeiterfreundlichkeit wieder und machte der ideothen Hegeerei Platz. Was aber, fragen wir die „Freis. Ztg.“, hilft den Arbeitern die platonische freisinnige Begeisterung für das Koalitionsrecht, wenn erstere jedes Mal in Wuth und Geifer umschlägt, sobald die Arbeiter praktischen Gebrauch von diesem Recht machen. Oder heißt es das Koalitionsrecht vertheidigen, wenn, wie dies die „Freis. Ztg.“ grundsätzlich thut, jede Arbeitseinstellung als das Werk „sozialdemokratischer Hege“ hingestellt wird? Wir bestreiten nicht, daß es unter den freisinnigen Politikern aufrichtige Anhänger des Koalitionsrechtes der Arbeiter giebt, aber Herr Richter und sein Blatt gehören nicht dazu. Im Gegentheil, wir behaupten, und das genannte freisinnige Blatt ist ein schlagender Beweis dafür, daß Herr Richter zu den gefährlichsten Gegnern aller auf grund des Koalitionsrechtes sich geltend machenden Arbeiterbestrebungen zählt. Die theoretische Haltung des Freisinnführers täuscht uns umsoweniger, als wir sein praktisches Handeln zu genau kennen.

Sonntagabend aus einem boykottierten Lokal. Eine turbulente Szene, so wird gemeldet, spielte sich am vorigen Sonntag Abend in dem bekannten Kurfürstentempel-Restaurant in Halensee und zwar im hinteren Zangsaal dieses Etablissements ab. Einige Louis, Zuhälter, die an Sonntagen den größten Theil des dort verkehrenden Publikums ausmachen, hatten sich durch ihre „Damen“ in Streit mit anderen Gästen eingelassen, und bald entspann sich eine große Prügelei, die schließlich sich auf die herbeigerufenen Gendarmer ausdehnte; da diese der Menge gegenüber sich als machtlos erwiesen, zogen sie blank, und erst dadurch erreichten sie die Eiskirung der Haupttantenläter, die sich nicht geschert hatten in ihrer Rohheit, die Gen-darmen mit Bierfeldeln und Unterjüche zu bewahren. Bemerk sei, daß bedauerlicherweise derartige Szenen nicht zu den Seltenheiten in diesem Lokal gehören, daß aber der Wirth völlig machtlos dem Treiben derselben gegenüber steht, da diese Rowdies stets in großer Zahl daselbst vertreten sind, und für ihre Komplizen stets Partei nehmen.

Zur Lokalliste. Im sechsten Wahlkreise sind von der Liste zu streichen weil sie Boykottbier schänken: Klinker, Neue Hochstr. 26, Ecke Gerichstraße; Sutter, Liesenstr. 4; Kühnel, Müllerstr. 162a; Ostermann, Haidestr. 31.

Infolge eines Fretthums sind in die am Sonnabend veröffentlichte Lokalliste von Schöneberg die Namen folgender Wirthe, welche boykottirtes Bier führen, aufgenommen worden: Mohr, Hauptstr. 53; Klein, Kyffhäuserstr. 1; Jettel, Kyffhäuserstr. 16; Dautz, Hauptstr. 7; Freund, Sedanstr. 17. Diese Wirthe führen Ringbier und sind daher wieder von der Lokalliste zu streichen.

Die Kunst geht nach Brot in den — Tinseltangel. Unter der grausamen Fuchtel des Kapitalismus werden Arbeiter, Gelehrte und Künstler mit gleicher Rücksichtslosigkeit geknechtet und ausgebeutet. Ueber das Glend der Künstlerinnen auf Opernbühnen gab in der letzten Sitzung des Berliner Musiklehrer-Vereins Herr Max Eichberg, der bekannte Gesangslehrer, einen recht betrübenden Aufschluß. Danach verwenden die 70 besseren Opernbühnen Deutschlands durchschnittlich 5 bis 8 Solistinnen. Auf jede dieser Stellen warten etwa 80 ausgebildete Sängerninnen. Unter diesen Solistinnen sind immer

mehrere sogenannte Novizen, das heißt sie bekommen kein Gehalt. Das Theater einer unserer Hansjacksche zum Beispiel hat unter den 9 Sängern 5 Novizen. Das Anfangsgehalt wird den Sängern auf 120 M. monatlich angesetzt, jedoch mit Vorbehalt der Kündigung, wenn die Leistungen den Erwartungen nicht entsprechen. Von dieser wird in der Regel Gebrauch gemacht. Der Direktor oder häufiger sein Vertrauensmann erscheint in kürzester Frist bei der Sängerin, bedauert, daß sie den Erwartungen nicht entsprochen habe, stellt die Kündigung in Aussicht, ist aber so gütig, zu erklären, um das halbe Gehalt die Sängerin noch behalten zu wollen. Natürlich geht die Sängerin auf Alles ein. Von den nunmehrigen 12 M. muß sie aber — mit Ausnahme von ein paar der größten Sängern — noch ihre Bühnengarderobe bestreiten. Eine routinierte Sängerin erhält — mit der gleichen Verpflichtung — in der Regel nicht über 800 M. Fast noch schlimmer steht es mit den Konzertfängerinnen. Nach Beendigung ihres Studiums heißt es zunächst, ein Konzert geben. Hat sie nicht großen Anhang, so lohnt das mehrere hundert Mark. Im zweiten Jahre verschafft ihr dann wohl der Agent, der das erste Konzert vorbereitet hatte, irgend ein auswärtiges Engagement für ein Konzert. Das Geld aber, das hier aus ihrer Kasse springt, geht — nach Abzug der Kosten — selten über eine Doppelkronen hinaus. Was Wunder, daß viele der jungen Mädchen, des Hungers überdrüssig, in den verachteten Tingeltangeltänzen hinuntersteigen, dessen Gehälter ja vielfach besser sind! Besser steht es in Norddeutschland mit der Bewerthung der Männerstimmen, aber aus dem merkwürdigen Umstand, daß solche hier selten sind. Auf zwanzig gute Frauenstimmen kommt hier durchschnittlich nur eine gute Männerstimme.

Wenn im Kampfe mit geistigen Waffen schließlich nichts mehr verfangen will, dann rücken die Gegner bekanntlich mit dem Argument heraus, daß die rohen und jeder Kunstempfindung baren Gorden, die der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisten, alle Schwäche vernichten und die edle, ideale Kunst von heute in den Karren des großen Nihilismusprinzips einspannen werden. Es gelte daher nicht allein, die Familie und die Staatsordnung, sondern auch die Kunst gegen den brutalen Vandalismus der schweligen Kunst zu schützen. Der Zustand, daß eine Künstlerin nach jahrelangem Fleiß und heissem Bemühen sich dem Tingeltangel und der Prostitution ergeben muß, um nicht zu verhungern, dieser Zustand ist allerdings werth, gegen die „sozialdemokratische Barbarei“ verteidigt zu werden.

Traurigerweise ist in der Kunstlerwelt selber noch wenig Klassenbewußtsein vorhanden; trotz des jammervollen Glanzes, unter dem sie schmadet, läßt ein dummschöner Glaube sie nicht zu der Erkenntnis kommen, daß in der Kunst von heute der Kapitalismus ebenso grausam wüthet, als in der Industrie, daß der Ausbeutung gegenüber der Künstler oft noch hilfloser dasteht, als der Industrie-Arbeiter.

Eigenthümliche Praktiken wendet Herr Bolle an, um seinen Ruf auszubessern. Die Artikel im „Vorwärts“, so schreibt uns ein Leser, welche die Zustände in der Bolle'schen Meierei beleuchtet haben, sind für mich die Veranlassung gewesen, die Lieferungen aus diesem Betriebe abzustellen. Am nächsten Tage kam der Junge, der mich bedient hatte, ganz ängstlich nachfragen, was für Gründe mich zum Bescheid auf die Waare seines Herrn veranlaßt hätten. Zwei Tage später erhielt ich ein gedrucktes Anschreiben der Firma G. Bolle: Ich möchte im Interesse des Betriebes angeben, ob ich über Bedienung oder Qualität der Lieferung zu klagen hätte. Ich antwortete wahrheitsgemäß, daß ich mit beiden zufrieden gewesen wäre, und daß es nur die im „Vorwärts“ geschilderten Zustände seien, die mich der Firma entfremdet hätten.

Darauf erhalte ich beiliegendes Schreiben der Firma G. Bolle. „Auf Ihre w. Zeilen vom 18. cr. erwidere ich Ihnen hierdurch, daß die Veröffentlichungen im „Vorwärts“ zum größten Theil erfunden sind, zum anderen Theil die Wahrheit vollkommen entstellt wiedergeben. Nur eines will ich beispielsweise zur Beleuchtung der ganzen Artikel erwähnen: Das Strafgeld erreicht niemals die Höhe der Prämie von 8 M., dagegen erreicht die wöchentliche Provision vieler Richter nach Abzug des Strafgeldes eine Höhe von 26—28 M., während in einem Artikel das Strafgeld unwahr auf 5—12 M. angegeben ist. Wollen Sie sich die Mühe geben, sich gelegentlich nach meinem Komptoir zu bemühen, so will ich Ihnen den Nachweis über diese Angaben aus meinen Büchern vorlegen. Die Beantwortung Ihrer Karte und diese Auseinandersetzung Ihnen gegenüber erfolgt nicht, um Sie etwa zu einem weiteren Bezuge der Milch von mir zu veranlassen, sondern nur, um Ihnen über die Handhabung meines Geschäftes ein durchaus klares und nicht ein absichtlich entstelltes Bild zu geben.“

Dieser Zuschrift gegenüber haben wir zu erklären, daß das von uns über den Bolle'schen Betrieb gebrachte Zahlenmaterial durchaus richtig ist. Wenn jetzt, wovon uns bisher noch nichts berichtet worden ist, Strafen in der von uns veröffentlichten Höhe nicht mehr distikt werden, so freut uns dieser Erfolg unserer Artikel, wie wir ja stets betont haben, daß es uns nicht um die Person des Herrn Bolle, sondern einzig um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in seinem Betriebe zu thun gewesen ist. Wer im Uebrigen die Empfindlichkeit des Herrn Bolle der Presse gegenüber kennt, der weiß, daß er nur zu bald mit einer Berichtigung auf Grund des berühmten Paragraphen 11 bei der Hand gewesen wäre, wenn sich am dem reichhaltigen Material, das wir im Laufe des Sommers veröffentlicht haben, nur ein kleiner Haken hätte einschlagen lassen.

Das Wachen der Bureaukratie. Gegen 18 Inhaber Berliner Firmen ist Anklage wegen Verleitung zum Betrug und Urkundenfälschung, gegen je einen oder mehrere Angestellte dieser Firmen wegen Betrugs und Urkundenfälschung erhoben worden. Das Vergehen soll, wie das „Berl. Corr.-Buz.“ erzählt, darin bestehen, daß die betreffenden jungen Leute bei der Ablieferung von Waaren am Berliner Hauptzollamt ansichtslos das gedruckte Formular unterzeichnet hätten, wonach sie sich als Verfasser der abgelieferten Waaren bekannten. Diese Jahre lang gelübte Praxis ist nun plötzlich seitens eines höheren Steuerbeamten für gesetzwidrig befunden und daraufhin die besagte Anklage erhoben worden!

Die Kontrollabtheilung 1. des Bezirks-Kommando III., die die Feldweibel-Meldeabtheilungen 1. bis V. umfaßt, wird mit dem heutigen Mittwoch ihre Diensträume nach der Kurstraße 3/4 verlegen, wo sich die anderen Abtheilungen des Kommandos schon befinden.

Die Geheimnisse der Wurstfabrikation enthält folgende Bekanntmachung des Amtsvorstehers zu Kallberge—Hüdersdorf: „Die von den Händlern am Hüdersdorfer Knappschaftsfeste angenommenen 29 Wurstproben haben durch chemische Untersuchung ergeben, daß nur eine Wurst rein und gut war und zwar diejenige des Gastwirthes B. zu Hüdersdorf. Die übrigen Proben wurden theils minderwerthig, theils verdächtig und von Pferdefleisch herführend befunden.“

So darf der Arbeiter sich bei festlichen Gelegenheiten pflegen. Niedriger Lohn, etwelche Nahrungsmittel und dann noch vergnügt und zufrieden — mehr kann selbst Eugen Richter nicht von den Arbeitern verlangen.

Zur Wucher-Kassäre wird berichtet: Der Geldzug gegen die Wucherer zieht immer weitere Kreise und immer neue Personen werden darin verwickelt. Gestern wurde wieder ein hiesiger Kaufmann ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert, welcher den Wucherern Schlepperdienste geleistet haben soll. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Die Sache wird vom Staatsanwalt Strepler bearbeitet. Der Prozeß Treuberg und Genossen“ verspricht einen Umfang anzunehmen, gegen den der Hannover'sche Spielerprozeß weit zurückbleiben wird.

Berliner Animirkuepen. Ein eigenartiger Selbstmordversuch hat ein polizeiliches Einschreiten gegen mehrere solche Wirthschaften zur Folge gehabt, in denen Freunde in unerhörter Weise gerupst werden. Der Mechaniker Heinrich Strauß aus Riga war in der ersten Hälfte d. M. auf der Durchreise nach Berlin gekommen, um das Technikum in Mittweida zu besuchen. Er hatte in Lamprecht's Hotel in der Neuen Wilhelmstraße Aufenthalt genommen und war am Sonnabend in dem Bestreben, die Reichshauptstadt kennen zu lernen, in mehrere der bekanntesten Wirthshäuser mit weiblicher Bedienung gerathen. Zu früher Stunde kehrte er am Sonntag in den Gasthof zurück und hatte sich in seinem Zimmer alsbald mit einem Taschmesser die Pulsadern der linken Hand durchschnitten. Rann hatte er die That begangen, als er sich über bewußt wurde: er rief Hilfe herbei, erhielt durch einen Kellner Alexander Pögen einen Rothverband und wurde gleich darauf nach der 1st. Klinik gebracht. Dort hat er bei seiner Vernehmung die folgende Vorgeschichte zu dem Selbstmordversuche niedergelegt: In den „Animirkuepen“, namentlich in einem, dessen Name auf den Besuch von Offizieren hindeuten soll, sei ihm durch das Anregen der Kellnerinnen zum Trinken und vor allem durch das Mittrinken der weiblichen Bedienung zunächst die aus mehreren Hundert Mark bestehende Waarschaft abgenommen worden. Als die Geldmittel verbraucht waren, habe er unter dem Eindruck der gemachten Getränke eingewilligt, seine goldene Uhr mit Kette als Pfand für die weitere Besuche herzugeben. Gänzlich mittellos in den Gasthof zurückgekehrt, habe er einen Ausweg aus der peinlichen Lage in einem Selbstmord gesucht. Die Polizei hat aus dieser Darlegung Veranlassung genommen, der Sache näher zu treten.

Wegen gewerbmäßiger Hehlerei ist ein in der Straßburgerstraße wohnender Schankwirth D. F. verhaftet worden. Dem Verhafteten wird zur Last gelegt, den am 19. d. M. durch den Kriminalkommissarius Wolff festgenommenen, vielfach vorbestraften „Kaufleuten“ resp. Auktionatoren Alfred Forst und Anton Lepinsky, zwei der gefährlichsten Mitglieder der schwarzen Bande, als williger Abnehmer der von ihnen unter falschen Namen erschwindelten Waaren gedient, ja auch die Waaren selbst unter seinem Namen mit hohem Verdienst weiter verkauft zu haben. Das 3. fache Lotol wurde schon wochenlang von der Kriminalpolizei observirt, bis es endlich gelang, fowiel Belastungsmaterial zusammenzutragen, daß die Festnahme des Lotalinhabers geboten erschien.

Eine aufregende Szene spielte sich am Dienstag Morgen in der Großen Frankfurterstraße in der Nähe der Koppensstraße ab. Einem in die Stadt einfahrenden Landmann waren die Pferde durchgegangen und rasten nun die Straße entlang. Da der Führer des Gefährtes augenscheinlich die Gewalt über die Pferde verloren hatte, so versuchte der auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle beim Schuhmachermeister Wagner in der Blumenstraße befindliche, bereits bejahrte Geselle R. Klauß den Pferden in die Fänge zu fallen und zum Stehen zu bringen. R. mußte seinen Opfermuth aber schwer büßen, indem er so heftig zur Seite geschleudert wurde, daß er mehrere schwere Verletzungen namentlich am Kopfe davontrug. Er wurde in bewußtlosem Zustande in eine nahe gelegene Destillation getragen und von einem hinzugerufenen Arzte verbunden und auf dessen Anordnung nach einem Krankenhause geschafft. Das Fuhrwerk wurde von einem Drohschlenker zum Stehen gebracht.

Geschossen wurde auf den Schnellzug, der am Montag Nachmittag um 4 Uhr 5 Minuten vom hiesigen Stettiner Bahnhof nach Stettin abgegangen war. Kurz vor Angermünde kreuzte er mit einem anderen Zuge, an dessen einem Fenster ein Mann sichtbar wurde, der einen weißen Hut und eine rothe Kravatte trug, soweit dies bei der Schnelligkeit der Fahrt beobachtet werden konnte. Dieser Reisende feuerte auf den Schnellzug, das Geschloß flog durch die beiden Fenster einer Abtheilung hindurch, hat aber niemand verletzt. Von Angermünde, wo der Schnellzug hielt, wurde der Vorfall drähtlich nach Berlin gemeldet. Hier suchte man nach Einlaufen des Schnellzuges, aus dem der Schuß gefallen war, nach dem Attentäter, ohne ihn aber zu finden. Es wird vermutet, daß er wahrscheinlich in Eberswalde ausgeht.

Selbstmord beging in Erkner der seit einigen Jahren dort ansässige Staatsanwalt A. D. Dr. Eckart, der früher am Landgericht I hiesig thätig war. Der in den 60er Jahren stehende Mann vergiftete sich durch Arsenik und jagte sich dann eine Kugel durch den Kopf; ein unheilvolles Leiden soll das Motiv zur That gewesen sein.

Ein sehr verwegener Einbruch wurde am Dienstag Vormittag zwischen zehn und zwölf Uhr in dem Hause Dragonerstraße 8 ausgeführt. Die Diebe hatten sich am helllichten Tage die Wände dieses Hauses zum Operationsfeld auserkoren und bei ihrer Arbeit nicht weniger als zwölf Schlösser aufgebrochen. Sie mußten in ihrer Arbeit aber aufgeschreckt worden sein, denn als Beute haben sie nichts weiter als zwei Kanthuchen davongetragen.

Ein kleiner Berliner Durchgänger, der über Breslau nach Amerika verbrühten wollte, ist von der Polizei der schlesischen Hauptstadt am Sonnabend aufgegriffen und nach hier zurückgeführt worden. Der Ausreisepass ist der Sohn eines Buchdruckers K. und war als Laufbursche für die Nachmittage in einem Kurzwaaren-Großgeschäft des Westens thätig. Der Gang zu romantischen Abenteuern, die Letztere von Indianaergegeschichten trieb den kleinen K. auf die Bahn zum Verbrechen; er unterschlug seinem Chef vor etwa 14 Tagen ca. 80 M., die er einloste, kaufte sich einen Tornister und einen Revolver und löste sich ein Billet nach Breslau, in dessen unmittelbarer Nähe der geographisch nicht gerade geschulte Ausreisepass vermutete, von wo aus er nach Amerika fahren wollte. In Breslau machte sich der kleine Bursche dadurch verdächtig, daß er einen Schuhmann frag, wo er am schnellsten nach Bremerhaven käme. — Der Beantw., der sofort sah, daß er es hier mit einem Ausreisepass zu thun habe, orientirte den Knaben sofort über die Lage des Untersuchungs-Gefängnisses in Breslau, von wo aus der kleine Auswanderer gestern zu seinen Eltern zurückgebracht wurde.

Ein Irrthum ist uns bezüglich unserer gestrigen Notiz über die Massenstrafungen unterlaufen. Dieselben wurden nicht in der Volks-Kassette, Neue Schönhauserstraße, sondern in dem „Volks-Kaffee- und Speisehaus“ Rosenthalerstr. 60 vorgenommen. Wir berichtigen dies hiermit, einem Wunsch der „Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft“ nachkommend.

Witterungsübersicht vom 25. September 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) am 40 M.
Swinemünde	762	OSO	2	heiter	8
Hamburg	761	O	2	halb bedekt	9
Berlin	762	O	3	wolkig	9
Wiesbaden	768	SW	1	bedekt	15
München	760	SO	1	halb bedekt	13
Wien	761	O	2	Regen	9
Japaránda	765	NO	2	wolkig	0
Petersburg	767	NO	2	Regen	4
Cort	765	ONO	3	Regen	13
Aberdeen	760	W	1	heiter	9
Paris	765	SO	3	bedekt	16

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 26. Sept. 1894.
Zunächst etwas wärmeres, ziemlich trübes Wetter mit leichten Regenschauern und schwachen südwestlichen Winden; nachher etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 24. d. M. Morgens fuhr in der Kaiser Wilhelmstraße, vor der Markthalle, ein Geschäftsführer gegen einen Handwagen. Hierdurch wurde der Führer des letzteren gegen einen anderen Wagen geschleudert und anscheinend innerlich schwer verletzt. — Vormittags erschloß sich ein Mann in seiner Wohnung in der Steinwegstraße. — In der Ackerstraße fiel Nachmittags ein Knabe von einem in der Fahrt befindlichen Geschäftswagen, gerieth unter die Räder und erlitt einen Bruch des Oberschenkel. — Ein Mann sprang aus dem Fenster seiner im ersten Stock in der Anklamerstraße belegenen Wohnung in den Hof hinab und zog sich mehrere Knochenbrüche zu. — In der Friedrichstraße glitt eine 60-jährige Frau über einen Obstreif und brach den Oberschenkel. — Bei der Großbeerstraße sprang Abends ein Mann in den Landwechsal und extrahl. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Die antisemitischen Ordnungsrufen Herrn Muskalla und des Gewerbegerichts. „Es wird immer schöner“, kann man mit Hug und Recht von dem Verhalten der Herren Muskalla von „Frei-Deutschland“ sagen, welches dieselben in dem Prozeß zur Schau tragen, den sieben Seher wegen unberechtigter Einbehaltung von Lohn erst gegen die Gesellschaft „Frei-Deutschland“, dann gegen Herrn P. Muskalla angehängt haben. Wie wir berichteten, bestritt Herr Paul Muskalla, zu Recht beklagt zu sein; nicht er sei der Arbeitgeber der Kläger gewesen, sondern sein Vetter Max Muskalla. In einem der bis jetzt stattgehabten vier Termine wurde ein Zeuge über den künftigen Punkt: „Wer ist der hastende Arbeitgeber?“ vernommen. Dieser bezeugte folgendes: Er habe erst nach vierwöchentlicher Thätigkeit in der Druckerei von „Frei-Deutschland“ erfahren, daß Max Muskalla der Druckereibesitzer sei, und dies auch nur dadurch, daß derselbe die Zeitung als Drucker zeichnete. Die Verhältnisse in der Druckerei hätten aber auf ihn den Eindruck gemacht, als hätte Paul Muskalla (der Beklagte) die Zeitung in der Hand. Max hatte als sogenannter Schweizerdegen (Seher und Drucker) in der Druckerei gearbeitet. Auf dieses Zeugniß hin konnte das Gericht natürlich nicht entscheiden, und da Herr Max M. trotz zugesandter Vorladung nicht erschienen war, wurde derselbe in eine Strafe von 80 M. genommen. Im nächsten Termin erschien er wieder nicht trotz Vorladung, diesmal wurden ihm 80 M. indultirt, und das Gericht beschloß, ihn zum demnächstigen Termin am 24. September zwangsweise vorführen zu lassen. Und nun kommt das Schöne. Der mit der Vorführung betraute Gerichtsvollzieher und ein Kriminalist konnten des Vogels nicht habhaft werden, er war ausgeflogen. Herr Paul Muskalla, auf dessen Verlangen die Ladungen des Zeugen erfolgt waren, er, der das meiste Interesse an seiner Vernehmung hat, oder wenigstens zu haben vorgibt, sorgte auch diesmal nicht für das Erscheinen desselben, obgleich er mit ihm täglich zusammen ist. P. Muskalla bestand, wie in den früheren Terminen auch jetzt noch auf den Zeugen M. Muskalla. Nur „fordersüßlich“ falls will er — wenn der Zeuge nicht genüge — einen ihm von den Klägern zugesprochenen Eid leisten, dahingehend, daß er nicht Befehl der Druckerei sei, der Geruch aus dem Betriebe derselben nicht ihm gehöre und event. Verluste nicht er zu tragen habe. Der Vorsitzende, Krieger von Schulz, erklärte, in seiner über zwölfsährigen Praxis sei ihm eine solche Sache noch nicht vorgekommen. Auch wenn man der unparteiischste Mensch von der Welt sei, müsse man sich sehr darüber wundern, daß der Beklagte den Zeugen, auf den er so großen Werth lege, nicht mitbringe. Herr Muskalla hatte hierauf die wunderliche Erwiderung, man könnte den Verdacht auf ihn lenken, er beeinflusse den Zeugen, wenn er ihn mitbringe. (O! Ueber diese zartfühlende Seele geht wirklich nichts). — Das Gericht ordnete die sofortige zwangsweise Vorführung Max Muskalla's an und verlegte die Verhandlung auf 1 1/2 Stunden. Der Beklagte hatte erklärt, daß sein würdiger Vetter wahrscheinlich j. J. in den bisherigen Geschäftsträumen der Druckerei oder in Moabit, wohin dieselben verlegt werden, anwesend sei. Im übrigen wohne derselbe in der Solmsstraße 4. Die Kläger, welche diese Adresse ausgemittelt hatten, behaupteten, die Wohnung des angeblichen Druckereibesitzers sei eine Schlafstelle und dieser selbst wäre auf dem Polizeibureau als Schriftseher und nicht als Druckereibesitzer angemeldet. P. M. wolle nur den Prozeß verschleppen. — Es vergingen 1 1/2 Stunden, 2 Stunden, 3 Stunden, und der beauftragte Gerichtsvollzieher erschien immer noch nicht mit Märchen, so daß der Gerichtshof gegen 1/4 Uhr des Nachmittags wieder ohne den Zeugen in die Verhandlung eintrat. Der Beklagte bestand auch jetzt noch auf den Zeugen. Es wurde nun ein neuer Termin zum kommenden Donnerstag anberaumt und dem Beklagten anheimgestellt, innerhalb 24 Stunden die genaue Adresse des Zeugen anzugeben. Ferner wurde beschlossen, den Beklagten für diese 24 Stunden mit seinem Zeugen abzuweisen, wenn er dessen Wohnung nicht binnen 24 Stunden anzeige. (Das Klageobjekt beträgt zusammen über 100 M.; 6 der Kläger verlangen für geleistete Arbeit je 20 M. und einer 1400 M., die Sache ist also berufsungsfähig, deshalb die Worte „für diese Instanz“). — — — Ob die Kläger ihr Geld überhaupt jemals erhalten werden, auch wenn sie siegen, ist fraglich, da „Frei-Deutschland“ wahrscheinlich nicht mehr lange leben wird. 2250 Exemplare der Zeitung werden nur gedruckt, etwa 1900 zahlende Abonnenten sind vorhanden und manchmal reicht kaum der Kredit auf das nötige Papier für die Zeitung, denn es ist vorgekommen, daß sozusagen in letzter Stunde einige Ried herangeschleppt und dadurch der Druck der Zeitung erträglich wurde.

Gleich bezeichnend für den Herrn Muskalla als auch für die heutigen polizeilichen Zustände ist es, daß dieser würdige Nichtarbeitgeber die um ihren sauer verdienten Lohn klagenden Arbeiter bei der Polizei als Anarchisten denunziren konnte. Die die Ordnungsrufe brachte es richtig fertig, daß ihr acht Tage lang der übliche Schumannsdoppelproben gewährt wurde, was die Polizei für „bedrohliche“ Kapitalisten bereit hält.

Streitbrecher in Draufwetter'scher Verleumdung. Der Redakteur der hier erscheinenden „Bildhauer-Zeitung“, Paul Dupont, sowie der zu Frankfurt a. M. wohnhafte Bildhauer-Gelehrte Georg Fladung hatten sich gestern vor der Kammer Draufwetter zu verantworten. Der letztgenannte, welcher vom persönlichen Erscheinen entbunden war, ist der Verfasser eines Artikels, der am 19. April d. J. in der „Bildhauer-Zeitung“ zum Abdruck gelangte. In dem Artikel wurde mit Bedauern die Mittheilung gemacht, daß der zu Frankfurt a. M. in Szene gesetzte Streik zu Ungunsten der Streikenden beendet sei. Als Grund dieser Niederlage wurde der Umstand angegeben, daß sich so viele Streitbrecher gefunden hätten. Die Namen der letzteren wurden veröffentlicht, mit dem Zusätze, daß die organisierten Kollegen dann doch wüßten, welche Achtung sie den Streitbrechern zu schenken hätten. In der letzten Aeußerung wurde eine Verleumdung gefunden, die der Staatsanwalt in Termine als eine Art Verurtheilung kennzeichnete, die er gegen jeden Angeklagten mit einer Gefängnißstrafe von vier Wochen zu ahnden hat. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Heine, führte aus, daß in den beanstandeten Worten eine Verleumdung nicht zu finden sei, jedenfalls hätten die Angeklagten aber in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Die Kammer Draufwetter war anderer Meinung. Die als Streitbrecher bezeichneten Bildhauer hätten weiter nichts gethan, als wozu jeder freie (M) Mann berechtigt ist, sie hätten gearbeitet, um ihre Familien zu ernähren! Niemandem ließe das Recht zu, dieselben deshalb öffentlich zu verleunden.

wie es durch den erwähnten Zusatz geschehen sei. Die Strafe sei auf je vier Wochen Gefängniß bemessen worden.

Der „Seifenprozeß“ gegen Lehrer und Genossen scheint sich sowohl bezüglich seiner Dauer als auch der Eintönigkeit zu einem kleinen Zentralstrafen-Prozeß ausbilden zu wollen. Die Beweisaufnahme befindet sich noch in den ersten Stadien und erstreckte sich gestern nur auf diejenigen Fälle, in denen der Angeklagte Lehrer selbst für die Riviera-Parfumerie auf Reisen gegangen ist und die Produkte seines Hauses in Gestalt von „Vitenmilch“, „Rosenmilch“, „Lavendel-Seife“, „Götterduft“ u. abgefast hat. Nach der Aussage verschiedener Zeugen hat er dabei die Praxis beobachtet, sich als „Reisender“ oder als „Vertreter“ der Riviera-Parfumerie einzuführen und die Zeugen haben erst später aus der Rechnung ersehen, daß es der Inhaber der Firma selber war, der bei ihnen gewesen. Man kann nicht sagen, daß in den gestern verhandelten Fällen die Beweisaufnahme zu Ungunsten des Angeklagten Lehrer ausgefallen wäre. Ueberall zeigte sich dasselbe Bild: Bei dem Hand Schuhmacher, dem Droghandhändler, dem Händler mit Herrenartikeln u. in einer Provinzialstadt erscheint eines Tages in der Person des Angekl. Lehrer ein gewandter Berliner Reisender, welcher die Seifen und Parfums der Riviera-Parfumerie mit großer Begeisterung anpreist. Der kleine provinzielle Händler hört etwas von 50 pCt. Rabatt, von dem schönen Verdienst, von der Möglichkeit, Nichtpassendes zurückzugeben, von dem Mangel eines Risikos und dergleichen mehr — kurz, er wird von der fleischlichen Zunge des gewandten Berliner überredet, macht eine Bestellung und unterschreibt ohne langes Bestimmen den Schlussschein, von welchem ihm ganz ordnungsmäßig eine Kopie eingehändigt ist. Dann kommen nach Zustellung der Waaren die Beschwerden über den zu großen Umfang der Sendung, Zahlungs- und Abfertigungsbedingungen seitens des Angeklagten, Prozesse und Verhaftungen mancherlei Art. In den meisten der gestern zur Verhandlung lebenden Fälle machte die Feststellung von Thatsachen der Täuschung, durch welche der Angeklagte die Zeugen zur Abnahme der Waaren bestimmt haben mochte, einige Schwierigkeiten. Die Beweisaufnahme ergab, wie auch der Vorlesende mehrfach hervorhob, daß die eigene Invochtigtheit der Zeugen die Hauptrolle bei ihrem Malheur spielte. Sie hatten sich über den „Waaren-Rabatt“ von 50 pCt., welcher ihnen gewährt werden sollte, ganz falsche Vorstellungen gemacht, wußten nicht einmal, ob derselbe „in Hundert“ oder „auf Hundert“ zu verstehen sei, sie hatten grundlos das Geschäft als ein Kommissionsgeschäft angesehen und sogar den bindenden Schlussschein unbedenkenlich unterschrieben. Ein Blick auf den Inhalt des-

selben hätte genügt, sie zu überzeugen, daß die darauf gedruckten Bedingungen schnurstracks dem entgegen standen, was sie aus den Worten des Angeklagten herausgehört zu haben glaubten. Der Vorsitzende Landgerichts-Direktor Käßler betonte wiederholt sein Bedauern darüber, daß die betreffenden Zeugen vor Unterzeichnung des Schlussscheins sich diesen nicht genau durchlesen und sich nicht gründliche Auskunft über alle zweifelhaften Punkte haben lassen, so man doch von einem Handelstreibenden auch nicht gerade umfangreiche handelsrechtliche Vorstellungen beanspruchen könne. In einigen Fällen erblickt die Anklage den Betrug schon darin, daß der Angeklagte den Zeugen mehr zugesichert hat als sie bestell haben. Es wurde darauf hingewiesen, daß dies eine präjudizielle Entscheidung für den Buchhandel sein würde, der Einem bekanntlich nicht mancher ohne Bestellung ins Haus schickt. — Die Beweisaufnahme dürfte noch mehrere Sitzungstage ausfüllen und dabei hat H. A. W. R. dem der Referendar Dr. Binder als Assistent zur Seite steht, schon die frohliche Aussicht eröffnet, daß möglichst rasch die Verhandlung beendet werden dürfte, wenn die Vernehmung der Zeugen persönlich an dieser Gerichtsstätte zu vernehmen. Billig wird dieser Prozeß jedenfalls nicht werden, da die meisten Zeugen von außerhalb hierher gekommen sind. Der Vorsitzende führt die Verhandlung in der Weise, daß er bei jedem Anklagesatz die dazu gehörigen Zeugen vernimmt und letztere alsdann sofort in ihre Heimath entläßt.

Vermischtes.

Seinen langverhehlten Veras hat endlich Hans Most gefangen. Nachdem er der politischen Laufbahn den Rücken gekehrt und auch bei einigen Gastrollen in der Heilsarmee nicht die gewünschte Befriedigung gefunden hat, ist er jetzt Theaterwächter geworden (des Bowers in Newyork) und will selbst als Schauspieler auftreten. Wir zweifeln nicht, daß er in diesem Fach, dem einzigen, wozu die Natur ihn bestimmt hat, Tüchtiges leisten wird, und wünschen ihm besten Erfolg!

Und abermals ist eine Ordnungsfeste gefallen! Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Der städtische Kassier Fischer, welcher sich ergeben hat, hat die Stadt um einen bedeutenden Betrag, angeblich 7—800 000 M. geschädigt, die auf besonderen Konto bei der Frankfurter Bank lagen, von Fischer erhoben und seitdem regelmäßig verzinst worden sind. Nach den von ihm hinterlassenen Aufzeichnungen soll der verursachte Schaden durch seinen Nachlaß gedeckt sein. Als erste Ursache seiner Untreue giebt Fischer verhehlte Börsenspekulationen an.

Erderstürterungen wurden am Sonntag in Patras und Ponte verspürt.

Die Untersuchung über die New-Yorker Polizeiverwaltung hat neue schändliche Dinge an den Tag gebracht. Es hat sich herausgestellt, daß Polizei, Pfandverleiher und Diebe alle gemächlich unter einer Decke spielen. Der Dieb begiebt sich zu gewissen Pfandverleihern, die dem Dieb aber nur die Hälfte des auf dem Pfandschein vermerkten Betrages abzahlen. Wenn der Eigentümer der gestohlenen Sachen sich an die Polizei wendet, so läßt diese, es sei ihr ein Leichtes, dieselben ausfindig zu machen, der Eigentümer aber müsse den Pfandverleiher erst schadlos halten. Gewöhnlich verspricht er es und zahlt den vollen Betrag, auf welchen der Pfandschein lautet. Die Beute wird dann zwischen Polizei und Pfandverleiher getheilt.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dazu abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angehörigen aller Stände und Kreise; sie macht sich aber gleichzeitigermaßen, mit dem Inhalt derselben Identifiziert zu werden.

Um den vielfach laut gewordenen Anregungen aus parteigenössischen Kreisen nachzukommen, haben Mitglieder des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins die Initiative zur Errichtung eines Grabsteins für unsere Agnes Wabnitz ergriffen. Es werden Sammelstellen herausgegeben, welche bei den Unterzeichneten zu haben sind. Frau Resch, Kassestr. 27. Frau Scholz, Mittelwalderstr. 6.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Aufsage ein Briefchen (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

N. S. 1870. Halbweisen, lieber Anonymus, ist sprichwörtlich schlummer als Nichtwissen. Das Gesetz der Altersgrenze für Generale ist uns wohl bekannt, aber Ihnen scheint nicht bekannt zu sein, daß bei allen Generalen, die brauchen sind, eine Ausnahme gemacht wird. Wenn Ihr Freund Galtist durch die Enthüllung seiner Schweinereien und Niederträchtigkeiten (von seiner Rolle als Kommuneerschläger ganz abgesehen) nicht unmöglich geworden wäre, würde er heute noch General sein — trotz der „Altersgrenze“.

Uageborn. Der Irrthum in der ersten Angelegenheit liegt auf Ihrer Seite, wovon Sie sich überzeugen können. Ubrigens scheint die Sache nicht so schwerwiegend. Bringen Sie die Richtige im nächsten Bericht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 26. September.

Spernhaus. Lohengrin.

Schauspielhaus. Der Tugendwächter. Die Dienstboten.

Lesing-Theater. Madame Sans Gène.

Berliner Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.

Schiller-Theater. Der Renonit.

Neues Theater. Perrichons Reise. Der letzte Sinn.

Deutsches Theater. Die Weber.

Friedrich-Wilhelmsbäd. Theater. Der Vogelhändler.

Möden-Theater. Demi-Monde.

Theater Unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt.

Sellallianer-Theater. Pension Scheller. Das Fest der Handwerker.

Adolph Ernst-Theater. Lolotte's 28 Tage.

Central-Theater. O! diese Berliner! Alexanderplatz-Theater. Ein Kessel. Ein alter Sander.

National-Theater. Die kleinste Baronin. Ein kleines Missverständniß.

Jpollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Sausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater

Zum 19. Male:

Lolotte's 28 Tage.

Gefangenspoße in 3 Akten v. H. Raymond u. A. Mars. Musik v. Viktor Roger. (Novität.)

Die neuen Dekorationen sind aus dem Atelier des Herrn Lülkomeyer in Koburg. In Szene gesetzt v. Ad. Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Circus Renz

(Carlstrasse)

Mittwoch, 26. September, Abends 7 1/2 Uhr:

Eröffnungs-Gala-Vorstellung.

Festlicher Anzug des gesammten Personals u. gr. Walzer-Divertissement.

Bagdad

12jähriger arabischer Wollblut-Schimmelhengst, in kurzer Zeit in Freiheit dressirt u. vorgeführt vom Direktor Fr. Renz.

Darauf:

Caroussell von 25 Kapplerchen. (In Gleichmäßigkeit u. ähnlicher Dressur in keinem anderen Markt vorhanden.) Dressur u. Vorführung v. Dir. Fr. Renz.

El Bolero, geritt. v. 6 Damen und 6 Herren in original-spanischer Prachtkostümen mit 12 Schulpferden. Erstes Auftreten des

Frl. Wally Renz, (Tochter d. Direktors) als Schulleiterin mit d. ostpreussischen Hengst Cromwell.

Zum 1. Male: **Liberador**, ostpreussischer Kapplerhengst in der hohen Schule dressirt u. ger. v. Fr. Renz.

Konurrenz-Springschule geritten v. d. Damen Frl. Wally Renz u. Frau Renz-Stark. Noch als dagesessen: Der Esel als Kunstreiter zu Pferde, Original-Dressur des Herrn Mesqueiz.

Auftreten aller neunundgigsten Künstler-Spezialitäten I. Rang u. a. der weltberühmten Bonhairs unvergleichlichen ikarischen Spiels; die renommirten Lustkünstler 3 Gebr. Worley, Die Glomus Busto, Gebr. Villand, Leopold und Cardinal und der beliebte August Dr. Lavater Lee, u. c.

Für die Eröffnungs-Vorstellung erhöhts Preise:

Vogen-Vorderplatz 6 M., Logen-Hinterplatz 5 M., Parquet 4 M., Tribünenplatz 3 M., 1. Rang-Boxen 2.50 M., 2. Platz 1 M., Galerie (Stehplatz) 50 Pf. Kinder unter zehn Jahren in Begleitung Erwachsener zahlen 1. Rang-Boxen und 2. Platz die Hälfte, alle übrigen Plätze volle Preise. Bilet-Verkau am Eröffnungstage Mittags von 11 bis 2 Uhr und Nachmittags von 5 Uhr ab.

Billetbestellungen per Telephon werden nicht berücksichtigt. 116M

Fr. Renz, Kgl. Kommissionsrath.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.

Direktion: Richard Schulz.

Emil Thomas a. G.

Anna Baders. Josefina Dora.

Zum 25. Male:

O! diese Berliner!

Große Poße mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund.

Musik von Jul. Gindshofer. Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr.

Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Morgen und folgende Tage: **O, diese Berliner!**

Castan's Panopticum.

Hassan Ali

der grösste Mensch der Welt.

Prinzess Topase

das kleinste Menschenkind.

Mexikanische Nieren-Cacteen

in noch nie gesehener Größe.

Alcazar

Vaudeville- u. Variété-Theater

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).

Der Bombardier im Feuer!

Burleske mit Gesang und Tanz. Regie: Edwin Stempel.

Auftreten sämtl. Spezialitäten.

Anfang $\left\{ \begin{array}{l} \text{Wochentags } 7 1/2 \text{ Uhr.} \\ \text{Sonntags } 6 1/2 \text{ Uhr.} \end{array} \right.$

Entree $\left\{ \begin{array}{l} \text{Wochent. } 20, \text{ reserv. } 30 \text{ Pf.} \\ \text{Sonnt. } 40, \text{ reserv. } 60 \text{ Pf.} \end{array} \right.$

R. Winkler.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey.

Die Gegenphantel, neueste Illusion.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Gustav Schulz

infolge eines Unfalls plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 26. d. M., Nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Glisab. Kirchhofes, Prinzen-Allee, aus statt.

Der Gesangverein ist hierzu eingeladen.

Um rege Theilnehmung ersucht

242/10 Der Vorstand.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20.

Säle und Vereinszimmer

von 20—600 Personen.

Rechtsbureau

Stallschreiberstr. 43 1 L. Altes Briefh.

Freie Volksbühne.

Um den Wünschen, die Mitgliedschaft des Vereins zu erwerben, gerecht zu werden, hat der Vorstand beschlossen, eine VII. Abtheilung zu gründen.

Die alten Mitglieder jeder Abtheilung der Freien Volksbühne haben zum Besuch der ersten Vorstellung ihrer Abtheilung Mk. 1,20 für Rubrik 1 und 1 der Mitgliedskarte zu zahlen; die neuen Mitglieder haben 60 Pfg. Einschreibegeld und 60 Pfg. Monatsbeitrag nur für Rubrik 1 zu zahlen.

Jedes Mitglied ist berechtigt, monatlich eine Vorstellung zu besuchen. Mitglieder werden aufgenommen in folgenden Jahrslisten:

Norden: Ernst Beyer, Zigarren-Handlung, Veteranenstraße 19; H. Mehnert, Zigarren-Handlung, Dübenerstraße 8; M. Winkelmann, Zigarren-Handlung, Adersstr. 153; Emil Diecks, Restaurateur, Lothringersstraße 67; A. Hinz, Zigarren-Handlung, Panstr. 14; Hermann Vogel, Zigarren-Handlung, Demminstr. 82. **Nordosten:** Franz Niemeyer, Zigarren-Handlung, Weberstraße 19; H. Kamlock (fr. Gumpel), Zigarren-Handlung, Barnimstraße 42. **Osten:** Max Kolbe, Zigarren-Handlung, Köpenickerstr. 90; E. Böhl, Restaurateur, Frankfurter Allee 74; F. Wilke, Restaurateur, Andreasstr. 26. **Südosten:** E. Arndt, Zigarren-Handlung, Saitzstraße 107; C. Böhlert, Zigarren-Handlung, Mariannenstr. 5; M. Voss, Zigarren-Handlung, Köpnickersstraße 39a; H. Wolter, Zigarren-Handlung, Pückerstr. 58. **Südwesten:** A. Ochs, Zigarren-Handlung, Gräfenstr. 89; G. Schulz, Zigarren-Handlung, Admiralsstraße 40a; W. Börner, Zigarren-Handlung, Müttterstr. 15; H. Bako, Buchhandlung, City-Passage, Dresdenstraße 52/53. **Südwesten:** A. Ochs, Zigarren-Handlung, Lindenstr. 69; J. Windthorst, Zigarren-Handlung, Zunkerstraße 1; A. Laage, Restaurateur, Fürbringerstr. 22; Albert Böttiger, Zigarren-Handlung, Hoffenerstr. 21; F. Schröder, Zigarrenfabrikant, Kreuzbergstr. 15. **Westen:** A. Faller, Restaurateur, Passastr. 16; C. Behrend, Restaurateur, Blumenhalferstr. 5. **Nordwesten (Moabit):** Fr. Lindemann, Zigarren-Handlung, Lützowstr. 8. **Centrum:** Albert Löwenberg, Zigarren-Handlung, Neue Schönhauserstr. 18; P. Horsch, Zigarren-Handlung, Cispstr. 6; Bruno Scheithauer, Musikalien-Handlung, Rosenhalferstr. 64.

Mitglieder für die VI. und VII. Abtheilung werden noch in allen Jahrslisten aufgenommen.

Am Sonntag, den 30. September, Nachmittags 2 1/2 Uhr, findet die erste Vorstellung der V. Abtheilung im Lesing-Theater statt. Zur Auf-führung gelangt:

Emilia Galotti.

Spielplan für den Monat Oktober:

I. Serie (Lesing-Theater).

141. Vorstellung Sonntag, den 7. Oktober. VI. Abtheilung (gelb).

142. " " " " 14. " VII. (weiß).

Anfang der Vorstellung 2 1/2 Uhr. — Anfang der Verlosung 1 1/2 Uhr.

Zur Aufführung gelangt

Emilia Galotti.

Mitwirkende: Theresina Wehner, Germina Janto, Marie Reisenhofer, Gustav Rober, Paul Nolte, Heinrich Wehler, Otto Sommerhoff, Carl Waldow.

II. Serie (National-Theater).

143. Vorstellung Sonntag, den 7. Oktober I. Abtheilung.

144. " " " " 14. " II. "

145. " " " " 21. " III. "

146. " " " " 28. " IV. "

Anfang der Vorstellung 2 1/2 Uhr. — Anfang der Verlosung 1 1/2 Uhr.

Zur Aufführung gelangt:

Der Biberpelz.

Eine Diebkomödie von Gerhard Hauptmann.

Mitwirkende: von Wehrhahn, Dir. Max Löwenfeld, Krüger, Max Gaus, Frau Wolff, Mathilde Buchwald (Central-Theater), Wuldow, Gustav Schrade.

Der Vorstand der Freien Volksbühne.

271/12 J. A.: Julius Türk, Blumenstraße 21.

Achtung!

Gesangverein Männerchor „St. Urban.“

Sonabend, den 29. September 1894:

Zur Feier des 17. Stiftungsfestes in Schmiedel's Festsälen, Alte Jakobstraße 32:

Grosses Konzert und Ball.

Anfang 9 Uhr. Herren 50 Pfg., Damen 30 Pfg.

Die gelbten Billets zur Dессource gelten in Schmiedel's Festsälen. Zu regem Besuch ladet Freunde und Bekannte ein

Das Komitee.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes
für Berlin und Umgegend.
Versammlung der Filiale Nord
am Donnerstag, den 27. ds. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, im
Viktoriagarten, Badstrasse 12.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann** über: „Die privatkapitalistische Einkünfte“. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Stellmacher Berlins!
Öffentliche Versammlung mit Frauen
Donnerstag, den 27. September, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **Röllig**, Neue Friedrichstraße Nr. 44:
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Schöpplin** über: „Die bürgerliche kapitalistische Volksbeglückung und das Proletariat“. 2. Neuwahl der Agitations-Kommission. 3. Verschiedenes.
Kollege **Langer** wird hiermit besonders eingeladen.
215/1 Die Agitations-Kommission.

Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen!
Große öffentliche Versammlung
Donnerstag, 27. September, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Reigmüller**,
Alte Jakobstr. 48a:
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Wahl eines Vertrauensmannes. 3. Bericht der Delegierten der Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
Die Agitations-Kommission. J. A.: O. Schüler, Treßowstr. 80.

Achtung! Schmiede. Achtung!
Zwei große öffentliche Versammlungen
der Schmiede Berlins und Umg.
Für den Norden
Mittwoch, den 26. September, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Rehlich**, Bergstr. 12.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Fr. Dubeil** über: „Warum ist der Reichtum der Fluch der Armen?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Für den Osten
Donnerstag, 27. Septbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei **Hoffmann**, Oranienstr. 180.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Pfannkuch**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Achtung, Maurer!
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung
der Filiale II des Zentralverbandes deutscher Maurer
am Mittwoch, den 26. d. M., Abends 8 Uhr,
in den „Arminhallen“ (oberer Saal), Kommandantenstraße Nr. 20.
Tages-Ordnung:
Wie stellen sich die Mitglieder zu den Behauptungen des „Bauhandwerker“: „Unsere Mitglieder haben die Solidarität der Berliner Arbeiterschaft auf“ und die hiesige Verbandsfiliale ist nur ein Vorwand, Streikbrecher spielen zu können.“
Diejenigen Maurer, welche die Kontrolle über die Bausperrre Landwehrstraße 87 ausgeübt haben, sind besonders eingeladen.
Der Bevollmächtigte.

Leipziger Volkszeitung
Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.
Chefredaktion: Dr. Bruno Schoenlank.
Erscheint 6 mal wöchentlich. Per Quartal Mk. 2.25.
Postzeitungsliste No. 3945a.
Inserate: Die 5 gespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg.

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerzlos, Lofes Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Oranienstr. 123
Möbel, Spiegel und Polsterwaaren. Große Auswahl in Nussbaum und Mahagoni, empfiehlt zu billigen Preisen
Franz Kernien, Tischlermeister, Seydelstr. 8.

Den verehrten Hausfrauen
wird hiermit das anerkannt vorzügliche
Dr. Thompson's Seifenpulver,
welches sich seit 20 Jahren einer immer steigenden Beliebtheit erfreut, in empfehlende Erinnerung gebracht.
Zum Waschen der Wäsche und Reinigen aller möglichen Gegenstände gibt es nichts Besseres und Billigeres als **Dr. Thompson's Seifenpulver!**
Das Gewebe wird bei dessen Anwendung mehr geschont als bei irgend einer anderen Waschmethode; dabei erzielt man **blendend weiße Wäsche**, welche einen angenehmen frischen Geruch bekommt.
Große Ersparnis an Zeit und Geld wird garantiert!
Man hüte sich vor den geringwertigen Nachahmungen, welche theils in ähnlicher Packung, theils unter dem Namen „Seifenpulver“ dem Publikum angeboten werden.
Man verlange ausdrücklich: **Dr. Thompson's Seifenpulver mit der Schutzmarke „Schwan“** und weise alle Nachahmungen energisch zurück!
74M

Dr. Thompson's Seifenpulver
welches sich seit 20 Jahren einer immer steigenden Beliebtheit erfreut, in empfehlende Erinnerung gebracht.
Zum Waschen der Wäsche und Reinigen aller möglichen Gegenstände gibt es nichts Besseres und Billigeres als **Dr. Thompson's Seifenpulver!**
Das Gewebe wird bei dessen Anwendung mehr geschont als bei irgend einer anderen Waschmethode; dabei erzielt man **blendend weiße Wäsche**, welche einen angenehmen frischen Geruch bekommt.
Große Ersparnis an Zeit und Geld wird garantiert!
Man hüte sich vor den geringwertigen Nachahmungen, welche theils in ähnlicher Packung, theils unter dem Namen „Seifenpulver“ dem Publikum angeboten werden.
Man verlange ausdrücklich: **Dr. Thompson's Seifenpulver mit der Schutzmarke „Schwan“** und weise alle Nachahmungen energisch zurück!
74M

Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in der eigenen Niederlage
Bellealliancestraße 98/99
in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten um durch reichliche Einkäufe zu unterstützen.
736L*
Deutsche Schuhfabrik. G. Markus & Co.

Möbel direct aus der Fabrik. Kein Laden!
Grosse Auswahl einfacher u. besserer, solide gearbeiteter Möbel zu den billigsten Preisen.
H. Meyer Möbeltischlerei Lager Hofprt. 3

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten !! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Strom reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Möbel-Gelegenheitskauf
zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nussbaum- u. Mahagoni-Kleiderstühle u. Vertikow's 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtisellen, Küchenspenden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophas 6 M.; Säulen-Trumeaux 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneelephos 80 M.; Buffets, Silber-Schränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand verkümmern, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Oktober kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für **Gold-, Silber-, Alfenidewaaren** (Eg. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk**, Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**
Ztaare, schöne große Thiere, Stieglitz, Kreuzschnäbel, gut singend, Std. 1.50, Hänfinge, Finken 1.-, Wachteln, Schlag. 1.25, Paar 2.50, Frettchen, zahm, eingezogen, Kaninchen, Langmäuse, weiße Mäuse, bunte Ratten, Nachttauben, Flugtauben, Kaninchen, Meerschweine, Raben, Krähen, Vogelkeim, Schlagneze, Original-Pöhltingelroller-Pfeifen zum Anlernen für Kanarien. Schönpreifende Drosseln, Kanarienhähne, Eichhörnchen, Vogelbadehäuser empfiehlt **804E Redtmann**, Madalstr. 2, Berlin, Schlesischer Bahnhof.

Rohtabak. Grösste Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bockfaçon, wieder vorräthig.
Heinrich Franck, Brunnenstr. 185.

Gardinen-Reste
zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik **Grüner Weg 80**, part. Eingang vom Flur.

Möbel. Wegen Ersparnis der Ladenmiete bin ich in der Lage, Wohnungs-Einrichtungen sehr billig zu verkaufen (auch einzeln). Musterzimmer zur Ansicht. 29/3
O. Blumenstr. 21, 1 Tr., Mong.

Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in der eigenen Niederlage
Bellealliancestraße 98/99
in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten um durch reichliche Einkäufe zu unterstützen.
736L*
Deutsche Schuhfabrik. G. Markus & Co.

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch passig zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Valerostoffen, sowie zu Frühjahr- und Sommermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen. Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge **66. Karle**, Waldemarstrasse 66.

Georg Wagner Uhrmacher, Oranienstr. 65, 1 Tr.
Bitte auf die Hausnummer zu achten.
Uhren u. Goldwaaren in solider Ausführung zu den billigsten Preisen. Massiv goldene Trauringe, gefehlich gestempelt: 1 Dufaten 10,50 M., 1 1/2 Duf. 15,50 M., 2 Duf. 20 M. Star. von 4 M. an. 5735L*
Reparaturen an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig.

Roh-Tabak
Detail-Verkauf
Rud. Völcker & Sohn, Köpnickstr. 45.

Möbel u. compl. Einrichtungen
stehen im Speicher spottbillig gegen Kasse zum Verkauf. **Gartenstr. 52.**
Stempel Vereins-Abzeichen etc. **H. Guttman**, Brunnenstr. 9.

Fertige Betten, großer Stand Unterbett, 2 Kopfkissen, m. gerein. neuen Federn, v. 12 Mk. an, fertige **Julius**, Bettwäsche, Matratzen jeder Art, Stepp-, Schlaf-, Bettdecken u. Polster-Bettstellen empfiehlt billigst das als streng reell bekannte, 1870 gegründete Spezial-Geschäft von **S. Pollack**, Oranienstr. 61, am Moritzplatz.

Theilzahlung. Anzüge nach Maass. **Comprowski**, Schneidermeister, Berlin C. Südestr. 87 I.

Zahn-Wolf, Leipzigerstr. 22. Künstl. Zähne, M. Theilz. Plomben 1,50 Arzt Schmerzl. Zahng. 1 M. 8-7 Uhr.
Kunstmann, Uhrmacher, Charlottenburg, Wallstr. 103. 2783b
Wildtübcl, Kannen, Satten, Mäse, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Nähapparate, Buttermaschinen, Butterkneten, Drehtrollen.
Jordan, Kl. Markuststr. 28.

2634b Achtung!
Zahnersatz, auch Theilzahlung, wöchentlich 1 Mark.
Guckel, Elbasserstr. 12.

Ruhbaum-Einrichtung
muss sofort spottbillig verkaufen
Invalidenstr. 157, 2 Tr. links.
Sänger, am liebsten 1. Tendre, herzoglich, sich willkommen im Verein „Oderon“. Redungen Donnerstag 9 Uhr, „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20. 8112b

Empfehle den Genossen mein neu-eingerichtetes **Vereinzimmer** mit Piano für 25-30 Personen; auch für Jagdstellen. 8794b
H. Schnieber, Admiralsstr. 21.
Taubenboden ist mit oder ohne Flugtauben wegen Umzug für jeden Preis sofort zu verkaufen. 8795b
Franke, Weddingstr. 4, 2 Tr.

Zigarren-Geschäft, Lotterie u. Jagdstelle für Parteigenossen sof. billig zu verkaufen **Pöhltingerstr. 53.** 8797b
Brehm's Thierleben, Andre's Sandatlas, Lexika von Meyer und Brockhaus und andere Werke lauft 119M) Hannemann, Kochstr. 56 I.

Gut erhalt. Küchenspind u. Bettst. verkauft 3189b
Totonhaupt, Kl. Frankfurterstr. 7, v. III r.
Billigste Feuerversicherungs-Agentur nur Schleifstr. 5. 2792b

Sperre! Sperre! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die Pianofabrik von **Höhne & Sell** ist für alle Branchen gesperrt.
197/14 Die Kommission.

Orts-Krankenkasse der Böttcher.
Bekanntmachung.
Die Geschäfte des Vorstehenden der hiesigen Orts-Krankenkasse der Böttcher sind bis auf Weiteres dem Herrn Magistratssekretär **Bügel** übertragen worden. Derfelbe hat Sprechstunden Vormittags von 10-1 Uhr in dem Bureau der Gemeinbedeutung, Straßauerstr. 3-6, Zimmer 14.
Die Kassenführung wird wie bisher von dem Herrn Magistratssekretär **Rittershausen** wahrgenommen.
Berlin, den 15. September 1894.
Gewerbe-Deputation des Magistrats. **geg. Friedel.** 87/2

Vorstehende Verfügung wird hiermit zur Kenntniss der Beihelligten gebracht.
Berlin, den 24. September 1894.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Böttcher. **Bügel**, Magistratssekretär.
Genossen, welche gewillt sind, einem neu zu gründenden Arbeiter-Gesangverein beizutreten, werden ersucht, sich Donnerstag, Abends 9 Uhr, bei **Buchholz**, Wörtherstr. 89, behufs näherer Besprechung einzufinden. 8157b

Bereinszimmer (bis 80 Personen) noch einige Tage frei **2 Regelmäßig**
G. Lechnitz, Königsbergstr. 28.
Kelle's Vereinshaus (früher Ruhmen)
28. Schönhauser Allee 28, empfiehlt sich zu Festlichkeiten den Vereinen, sowie zu Privat-Festlichkeiten (auch Sonntags). 591L

C. Bolzmann's Gesellschafts-Säle, **Lichtenbergstr. 16.** 8186b
Säle und Vereinszimmer von 20 bis 500 Personen.

Echt Grätzer Export-Bier!
Versand in Flaschen, aus der ersten Grätzer Export-Bier-Brauerei von **7150***
Th. Grünberg, Grätz i. Posen.
Stets gut abgelagerte Waare, in hochfeinster, goldglarer Qualität.
Fernsprecher Amt Schöneberg No. 92.

A. Seidler, **Schöneberg bei Berlin**, Sedanstraße 73-75 und 82.
Handwerker sucht zum 1. Oktober ungenirtes einfach möblirtes Zimmer. **Georg Moritzplatz**. Off. unt. H. 22, Postamt 19. 8792b

Eine kleine Wohnung (Stube und Küche) ist sofort für 10 M. zu verm. **Rixdorf**, Hermannstr. 16, vorn 3 Tr.
Freundliche Hofwohnung **Kreuzstr. 9** (große Stube, Küche, Korridor, Kloset) billig zum 1. Oktober zu vermieten. 8170b

Kleine freundliche Wohnungen per 1. 10. 94. **Grünauerstr. 25.** 25186*
Wollgasterstr. 34 1 und 1 Stube, 2 Küche d. j. v.
Grünauerstr. 3, am grünen Platz, Wohnung 76 Zhr.

Schlafstelle für ein anst. Mädchen, **Rantaustr. 11**, Hof 2 Tr. b. Taube.
Schlafstelle für zwei Herrn, separat, **Parochialstr. 10 II. L.** 8791b

Arbeitsmarkt.
Nebenbeschäftigung, lohnend und befriedigend namentlich für junge Männer. Auf Wunsch wird außer Provision auch noch ein kleines festes Monatsentkommen bewilligt.
Säckingen. H. Wortmann.
Grundriss gef. 36 M. Lohn dauernde Stellung. **Muß mit Gehäusen'schen Maschinen** durchaus Bescheid wissen.
K. Fries, 338 St. James Road, SE. London.

Buchbinder u. Galanteriewaaren verk. **Arnst**, Dresdenerstr. 95.
Goldleisten. Wirklich tüchtige Farbigmacher und Schleifer finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung **8799b** Köpnickstraße 109a.
Farbigmacher verlangt Goldleisten-fabrik **Kottbuser Ufer 32.** 8151b

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Gerichts-Beitrag.

Zur Klärung der Verhandlung in der Gerichts-Beitrag, Nr. 222 des „Vorwärts“, diene folgendes: Es ist richtig, daß ich am 21. d. Mts. den Termin versäumt habe; auf mir selbst unerklärliche Art habe ich den Tag vergessen und wurde erst durch meinen Rechtsanwalt selbst auf dieses Versehen aufmerksam gemacht mit dem Bemerkten, daß der Prozeß unbedingt zu meinen Gunsten verlaufen wäre. Ich erkläre jedoch, daß ich mit dem p. V. Baum nie über eine Geldstrafe von 40–50 000 M. gesprochen habe, überhaupt mit dem Herrn in irgend welche Verhandlungsgespräche getreten bin, da mir derselbe wegen der Erlundigungen, die ich über seine Vergangenheit eingezogen hatte, nicht sympathisch war. Diese Auslassung des Beklagten stelle ich nach wie vor als eine Unwahrheit hin. Paul Hilpert.

Vom Reichsgericht freigesprochen wurden am Montag zwei Stuttgarter Parteigenossen, die verdonnert worden waren, weil sie — Strafsatzparagrafen veröffentlicht hatten. Das Landgericht Stuttgart hatte nämlich den Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“, Johann Geiger und den Schriftsteller Urter wegen unerlaubter Veröffentlichung einer Anklageschrift zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen beide war ein Strafverfahren wegen Verletzung des jetzt pensionierten Oberlandesgerichtsraths Bucher eingeleitet worden. Als ihnen die 18 eingeschriebene Bogenseiten umfassende Anklageschrift zugestellt worden war, veröffentlichten sie in der Nummer ihres Blattes vom 26. Februar d. J. einen Artikel, der sich mit der Verurteilung der Verleumdungssache (es handelte sich um einen in der Gegend von Heilbronn verübten Mord, bei dessen Feststellung Herr Bucher als Untersuchungsrichter thätig war) beschäftigte, die Erhebung der Anklage gegen sie meldete und dann noch einige Angaben über die von der Staatsanwaltschaft benannten Zeugen und Sachverständigen etc. enthielt. Es war ausdrücklich betont, man wolle auf den Inhalt der Anklageschrift vorerst noch nicht eingehen, doch wurde wenigstens angegeben, auf welche Paragraphen des Strafgesetzes sich die Staatsanwaltschaft bei ihrer Anklage stütze. Das Landgericht war nun der Meinung, daß die Angeklagten durch diesen Artikel den § 17 des Preßgesetzes übertreten und sich einer vorzeitigen Veröffentlichung der Anklageschrift schuldig gemacht hätten und sprach demgemäß die erwähnte Strafe gegen sie aus. — Die Revision der Angeklagten betonte, daß weder die Anklageschrift als solche, noch Theile derselben veröffentlicht seien und daß die Auslegung, die das Gericht dem § 17 gebe, mit dem Wortlaute desselben im Widerspruch stehe. — Nachdem auch Herr Reichsanwalt Dr. Menge, wenngleich er die Verurteilung der Angeklagten beantragte, Bedenken gegen die Auffassung des Landgerichtes geäußert hatte, erkannte das Reichsgericht auf Aufhebung des Urtheils und sofortige Freisprechung der Angeklagten. Die Urtheilsgründe lauteten: Der Senat ist mit der Staatsanwaltschaft und im Einklange mit früheren Entscheidungen des Reichsgerichts der Meinung, daß der § 17 des Preßgesetzes auch dann Anwendung findet, wenn es sich nur um die Veröffentlichung von Theilen der Anklageschrift handelt, doch hält er es zur Anwendung des Gesetzes für erforderlich, daß aus der Veröffentlichung ersichtlich ist, die Anklageschrift oder ein Theil derselben habe in der Eigenschaft als Urkunde veröffentlicht werden sollen. Im vorliegenden Falle ist aus dem Urtheile nicht zu entnehmen, daß der inkriminierte Artikel nur einzelne Sätze der Anklageschrift enthalten habe. Die Ausführung der Gesetzesparagrafen kann selbstverständlich nicht strafbar sein, wenn sie auch aus der Anklageschrift entnommen sind. Ueber alle die Vorkommnisse, welche den materiellen Inhalt der Anklageschrift bilden, ist in dem Artikel auch nicht das Mindeste enthalten. Dazu kommt noch, daß die ratio legis, die darin besteht, daß die Unbefangenheit gegenüber der Darstellung des Anklagestoffes nicht beeinträchtigt werden soll, hier in keiner Weise zutrifft, weil durch einen Stoff, der nicht bekannt gegeben ist, auch die Unbefangenheit nicht alterirt werden kann.

Verhandlungen.

Die bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen und die bisherige Praxis des Gewerbegerichts zu Berlin.

Von dem Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission waren am Montag Abend 11 Verhandlungen eintreten, die in Bezug auf die heute stattfindenden Wahlen das obige Thema erörterten. Der Besuch der Verhandlungen ließ leider bei einigen viel zu wünschen übrig. Hauptsächlich ist diese Saumseligkeit kein Gradmesser für die Beteiligung an der Wahl, vielmehr erwarten wir, daß die Arbeiter bei dem für sie so wichtigen Institut auch verstehen, ihre Rechte und Interessen wahrzunehmen, und sich an der Wahl lebhaft beteiligen.

Allen Verhandlungen lag gemeinsam folgende Resolution vor, die einstimmig zur Annahme gelangte:

Aus der bisherigen Thätigkeit des Gewerbegerichts erkennt die Versammlung, daß das Gewerbegericht mehr nach juristischen Grundsätzen die vorliegenden Streitfälle behandelt, als nach den wirklichen Verhältnissen im gewerblichen Leben, wie anscheinend der Gesetzgeber gewollt, als er Laiengerichte zur Entscheidung über gewerbliche Streitigkeiten einsetzte. Die Versammlung findet die Erklärung dieses Zustandes darin, daß die Kammerpräsidenten zu oft wechseln, mit den einschlägigen Verhältnissen wenig vertraut sind und ihr Amt in den meisten Fällen nur als Nebenamt betreiben. Die Versammlung fordert deshalb von der Gemeindebehörde, daß diese Lebensverhältnisse baldigt beseitigt werden. Die Versammlung protestirt ferner gegen die weitere Errichtung von Innungschiedsgerichten, da diese nicht geeignet sind, die Rechtsprechung in gewerblichen Streitigkeiten in der Art auszuführen, wie es die durch die freie Wahl mit Vertrauensleuten besetzten Gewerbegerichte im Stande sind; auch führt das diesbezügliche Ausnahmegericht der Innungen zu Unzuträglichkeiten, unter welchen besonders die Arbeiter zu leiden haben.

In Sanssouci, wo der Besuch ein schwacher war, referirte Lätzerow. Redner beleuchtete das Wirken des Gewerbegerichts und hob dann die schweren Mängel hervor, die sich bei der Thätigkeit desselben noch fühlbar machen. Einzelne Kommern seien zu wenig mit Sachleuten besetzt, infolge dessen müßten ganz im Widerspruch mit der Bestimmung des Gewerbegerichts Sachverständige geladen werden, wodurch die Prozesse sich lange hinziehen und die Kosten eine beträchtliche Höhe erreichen. Sollen die Fehler beseitigt werden, so muß die Arbeiterschaft ihre ganze Kraft dahinter setzen; daher solle man die Arbeitsgenossen und die auf unserm Standpunkt stehenden Arbeitgeber am Mittwoch zum Wählen anhalten, damit unsere Anhänger in den Kammern die Majorität erhalten.

(Beifall.) In der Diskussion bemerkt Hölzel, daß die Stammgäste unter den Klägern auf dem Gewerbegericht die Indifferenten sind, woraus sich denn auch die Leere dieser Versammlung erkläre. Genossen, die am Mittwoch bei der Wahl helfen wollen, sollen sich um 10 Uhr bei Ehrenberg melden.

In Süd-Ost, Waldemarstr. 75, legte Genosse Rörsten den Versammelten recht warm ins Herz, am Mittwoch dafür zu sorgen, daß diejenigen Wähler, die ihre Eintragung in die Wählerlisten veranlaßt haben, ausnahmslos ihr Wahlrecht ausüben. In vielen Beispielen bewies er die dringende Nothwendigkeit, aufgeklärte Arbeiter als Weisiger im Gewerbegericht zu haben. Unter den verschiedenen Mängeln und Verbesserungsbearbeitungen, die sich in der Praxis herausgestellt haben, sei einer der empfindlichsten der häufige Wechsel der Assessoren. Die in letzter Zeit vielfachen Gründungen von Innungen seien dazu angehan, das Gesetz zu umgehen. Nach kurzer Debatte gelangte obige, vom Referenten vorgeschlagene Resolution zur einstimmigen Annahme.

Die Versammlung, welche bei Wille, Andreasstraße, stattfand, war mäßig besucht. Das Referat hielt Genosse Wach, Redner rügte, daß die Entscheidungen verschiedener Kammern des Gerichts in grundsätzlichen Fragen vielfach auseinandergehen. B. V. habe die Kammer I den Heimarbeitern die gesetzliche Kündigungsfrist unter bestimmten Voraussetzungen zugesprochen. Das Kündigungsrecht stehe den im eigenen Heim thätigen Arbeitern zu, sei häufig nach einem grundlegenden Urtheil entschieden worden, wenn der Betreffende ohne fremde Hilfe das vom Auftraggeber erhaltene Rohmaterial bzw. Halbfabrikate verarbeitet bearbeite, ohne daß er zu gleicher Zeit noch für einen anderen Gewerbetreibenden thätig sei. Kürzlich erst habe hiergegen die Kammer II unter dem stellvertretenden Vorsitzenden Guno sich bezüglich der Kündigungsfrist der Heimarbeiter auf einen ganz anderen Standpunkt gestellt. Sie habe einen Heimarbeiter im Sinne der Urtheile der Kammer I mit einer Entschädigungsgeld abgewiesen, weil nach Ansicht der Mehrheit des Gerichtshofes der Heimarbeiter nicht die wirtschaftliche, sondern die persönliche Abhängigkeit charakterisire. Der Kläger hätte nicht eine bestimmt geregelte Arbeitszeit innehalten brauchen, wäre also nicht persönlich abhängig und demzufolge nicht als Heimarbeiter, sondern als Hausgewerbetreibender zu betrachten, führte die Begründung aus. Was das letzte Urtheil hervorhebt, darauf lege das erste absolut keinen Werth, und umgekehrt. Das solche prinzipiell höchst wichtige Fragen ganz entgegengekehrt beantwortende Urtheile nicht das Gewerbegericht in günstigem Licht erscheinen ließen, sei selbstverständlich. Das angeführte Beispiel sei nur eines für viele. Einer derartigen widerspruchsvollen Rechtsprechung lasse sich ganz gut vorbeugen, und zwar in sog. Plenaritzungen durch eine Einigung über die sich widersprechenden Ansichten in prinzipiellen Fragen. Das Vorgehen des Düsseldorfser und anderer Gewerbegerichte sei in der Hinsicht nachahmenswerth. Freilich wäre nicht angebracht, die gesammten 420 Weisiger zusammen zu trommeln, es sei aber durchaus nicht schwierig, irgend einen Modus zu finden. Es könne beispielsweise der aus 10 Arbeitnehmern und 10 Arbeitgebern bestehende Ausschuss des Gerichts, vielleicht unter Hinzuziehung der die gegentheilige Meinung in der fraglichen Angelegenheit vertretenden Assessoren, die entscheidende Körperschaft für strittige Fälle bilden. — Als großen Uebelstand hob Redner hervor, daß das Gewerbegerichts-Gesetz nicht die obligatorische Einführung von Gewerbegerichten vorschreibe. Die diesbezügliche Anzulänglichlichkeit des Gesetzes und der daraus hervorgehenden Anzulänglichlichkeit des Berliner Ortsstatuts trete häufig auf dem Berliner Gewerbegericht zu Tage. Oft würden Kläger wegen Unzuständigkeit des Gerichts abgewiesen, weil sie im Auftrage ihres in Berlin wohnenden Arbeitgebers in irgend einem Vororte Berlins arbeiteten (Banarbeiter) und dort, auf der Arbeitsstätte, ihren Lohn erhielten, denn nur für den Erfüllungsort der eingegangenen Verpflichtung sei das Gewerbegericht zuständig. Da nun in allen Vororten Berlins, mit Ausnahme zweier, Gewerbegerichte nicht beständen, seien die betreffenden Arbeiter gezwungen, die Behörde des fraglichen Ortes bzw., und dies meistens, das zuständige Amtsgericht in Anspruch zu nehmen. Die Vergünstigung der Inanspruchnahme eines Gewerbegerichts bestehe für sie einfach nicht, obgleich die erwähnten Arbeiter in ihrer großen Masse in Berlin wohnen. Nachdem Redner noch die Agitation der Unternehmer für Schaffung einer Berufungsinstanz für alle Gewerbegerichtssachen kritisiert hatte, forderte er zur Pflächterfüllung bei der Wahl auf. — In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Löschner, Krantz, Rüdiger und Waage. Krantz betonte, daß die Kammer VII seit dem April 1893 mit nicht weniger als 5 Vorsitzenden zu thun gehabt habe. Rüdiger (Ausschussmitglied) bedauert, daß der Ausschuss keinen amtlichen Charakter habe. Wenn er wirklich Anträge stelle, dann schlummerten dieselben einen ruhigen Schlaf bei der betreffenden Behörde. So habe man noch nie wieder etwas von dem Antrage, betreffend die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweis-Bureaus gehört, der vor schon sehr, sehr langer Zeit an den Magistrat gegangen sei. Was die Plenaritzungen betreffe, so habe man schon mehrmals sich um solche bemüht; die gebe es jedoch nicht, es werde immer so fortgewürfelt. Die Oeffentlichkeit sei der letzte Zustuchsort der Ausschussmitglieder aus Arbeitnehmerkreisen. Der Ausschuss als Einigungsamt habe auch keinen Zweck. Als Kuriosum sei anzuführen, daß ein Antrag der gegnerischen Arbeitgeber im Ausschuss, der auf die Herabsetzung der Arbeitszeit in schwierigen Betrieben hingielte, auf Veranlassung der Arbeitnehmer wieder aufs Tapet gebracht wurde und daß dann die ersten Antragsteller dagegen stimmten. — Die Resolution fand einstimmig Annahme.

In dem Lokale Lichtenbergerstr. 21 hatte Genosse Röhrl das Referat übernommen. Redner wies zunächst darauf hin, daß der von Zentrum's und anderen Bourgeois-Abgeordneten erhoffte Ausgleich der sozialen Gegensätze durch das Gewerbegerichtsgesetz nicht eingetreten sei und auch nie eintreten könne. Sodann folgte eine Kritik des Gesetzes selbst, sowie des Statuts des Berliner Gewerbegerichts. In der Hand von prinzipiellen Entscheidungen des Gewerbegerichts, sowie durch vorkommende Kritik begründete Referent foderte die Resolution und forderte die Versammelten auf, soweit sie Wähler sind, ihrer Pflicht zu genügen und auch dafür Sorge zu tragen, daß etwa säumige, eingetragene Wähler ihr Wahlrecht ebenfalls ausüben. In der Diskussion meldete sich zunächst Genosse Wehber: Die heutige Versammlung sei zwecklos, es hätte vorher mehr agitiert, namentlich Volksversammlungen hätten vorher von der Gewerkschaftskommission eintreten sollen. Das Nichtstun solcher Volksversammlungen habe den Rückgang der Zahl der eingeschriebenen Wähler zur Folge gehabt. Neurer giebt der Bierbockel-Bewegung Schuld, daß die Beteiligung an den Gewerbegerichts-Wahlen so schwach sei. Rapoiti weist darauf hin, daß der „Vorwärts“ die Wähler

genügend aufgefordert habe, sich in die Listen einzutragen, der „Vorwärts“ werde nur zu wenig gelesen. Es werden jetzt viele wählen wollen, die nicht eingetragen seien. Die Gewerkschaftskommission müßte vorher Volksversammlungen einberufen. In diesem Sinne bewegt sich die Diskussion noch eine Zeit für und gegen das Verhalten der Gewerkschaftskommission, worauf die Resolution einstimmig angenommen wird.

In der bei Gründel, Brunnenstr. 188, tagenden Versammlung referirte an stelle des Genossen Pfeiffer, der zungsweise zu einer Vernehmung nach Eignit überführt wurde, Genosse Meiner. Referent tadelte das Vorgehen der Vorsitzenden des Gewerbegerichts, wonach bisher den Weisigern keine Gelegenheit gegeben wurde, in Verbindung mit den Vorsitzenden gemeinsame Beratungen über allgemeine, für alle Kammern gleiche Rechtsgrundsätze zu berathen. Dadurch, daß die Vorsitzenden ihr Amt als Nebenbeschäftigung versehen und ihre Thätigkeit als Magistratsassessor ihnen größere Chancen bietet, beispielsweise als zukünftiger Stadtrath, falle es schwer, streng objektive Vorsitzende für die Gewerbegerichte zu finden. Ferner kritisierte Redner die bestehenden Innungs-Schiedsgerichte. Genosse Meiner wendete sich gegen die Ansicht des Herrn Weigert, daß die sozialdemokratischen Weisiger parteiisch urtheilen. Der Referent wünscht in seinem Schlusswort im Gegensatz zur Deklamation die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Im Colberger Salon sprach Genosse Thieme vor mehr denn 300 Personen. In seinem Referat machte er den Anwesenden die Nothwendigkeit der Gewerbegerichte begreiflich, indem er bewies, daß durch dieselben vielen Arbeitern ihr wohl verdienter Lohn zugesprochen werde. Jedoch sei es aber auch mehr denn zu oft vorgekommen, daß von einer Kammer an demselben Tage geradezu gegentheilige Urtheile gefällt wurden. Seinen Grund finde dies erstens darin, daß die Arbeitgeber-Weisiger größtentheils für Abweisung der Arbeiter sich aussprechen, und zweitens den Vorsitzenden in den meisten Fällen die Einsicht in das Gewerbeleben vollständig abgeht. Zum Schluss erläuterte Referent einzelne Paragrafen des Ortsstatuts. In der Diskussion führte Genosse Hünze an, daß ein großer Theil Arbeitgeber, welche mehr denn früher eingezeichnet, Klein-gewerbetreibende sind, dem Arbeiter wohl wollen und ersucht deshalb, für deren Wahl zu agitieren.

Zur mäßig besucht war die Versammlung im Lokal von Hübner, Lindenstr. 108, wo Buchdrucker Haber referirte. Redner warf einen Rückblick auf die Entscheidung des Gewerbegerichts-Gesetzes, rügte dessen Mängel, und schloß seinen beifällig entgegengenommenen Vortrag mit der Aufforderung, am kommenden Mittwoch alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit die Kandidaten der organisierten Arbeiterschaft als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen. — In der Diskussion bemängelte Guttman, daß zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten keine größeren Agitationsversammlungen stattgefunden hätten; kurz vor dem Wahltage sei deren Zweck verfehlt. Kleinert (Stukateur) schilderte die im Kaufsache üblichen Schwindereien und die daraus resultierenden Klagen, welche eine Kammer des Gewerbegerichts vollstän beschäftigt. Hübner schloß sich der Meinung Guttman's an und verwies in seinen weiteren Ausführungen auf die auch vom Referenten gerügte Anzulänglichlichkeit der bisherigen Räume des Gewerbegerichts. Nachdem noch Schneider Schulz einzelne Episoden, die er als Weisiger erlebt, vorgeführt hatte, fand die vom Referenten empfohlene Resolution einstimmige Annahme.

Bei Hölzig war es Genosse Söhnel, der in seinem Vortrage über die dringende Nothwendigkeit der regsten Beteiligte an den Wahlen zu den Gewerbegerichten die Versammlung aufforderte, am Wahltage überall dahin zu wirken, daß die eingetragenen Wähler nun auch ohne Ausnahme ihre Pflicht nachkommen. Nach kurzer Debatte, zu der ein Kulissen zur Erweiterung beitrug, stimmte man ebenfalls einmüthig obiger Resolution zu.

Bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a, legte Buchdrucker Massini in überzeugender Weise der leider nur schwach besuchten Versammlung die Nothwendigkeit einer regen Beteiligte an den Gewerbegerichts-Wahlen dar. — Waigert führte Beschwerde über das eigenthümliche Gebahren einzelner Beamten im Klage-Ausnahmebureau. Nach Besprechung einer Reihe weiterer dem Gewerbegericht anhaftenden, schon oft gerügten Mängel entschuldigte Massini in seinem Schlusswort die ungenügende Agitation der Gewerkschaftskommission zur Zeit der Einzeichnung in die Wählerlisten mit Arbeitsüberbürdung. Der auch von ihm anerkannten Interesselosigkeit der Arbeitermassen an einer so wichtigen Institution, wie es das Gewerbegericht ist, zu steuern, hielt er Vorträge der Weisiger desselben in den einzelnen Wahlvereinen für sehr zweckentsprechend. Nachdem er noch die eventuell dem Ausschuss der Gewerbegerichts-Weisiger zuzulegenden Aufgaben erläuterte, forderte er zum Schluss auf, am Tage der Wahl sich so viel wie möglich dem Komitee als Hilfskraft zur Verfügung zu stellen.

Die für Moabit einberufene Versammlung tagte im Viktoria-Salon (Prielebergerstr. 18) und war von etwa 200 Personen besucht. Referent war Genosse Grauer. Derselbe verbreitete sich zunächst über die bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen und konnte es nicht unterlassen, die zu Tage tretende Rauheit bei der diesmaligen Erwahl seitens der Berliner Arbeiterschaft in scharfer Weise zu rügen und die Hoffnung auszusprechen, daß noch in den letzten Stunden eine rege Agitation entfaltet werde, um nicht am Tage der Wahl ein Fiasko zu erleben. Gegenüber der Behauptung der Arbeitgeber, daß das Gewerbegericht erst „unparteiisch“ werden würde, wenn keine Sozialdemokraten in denselben sitzen, ließ er diesen die vollste Werthschätzung zu theil werden und ging sodann dazu über, ein Bild von der Thätigkeit des Gewerbegerichts zu entwerfen. In verschiedenen Beispielen aus seiner Praxis als Gewerbegerichts-Weisiger veranschaulichte Steiler die Nothwendigkeit eines energischen Eintretens für die vordennannten Kandidaten und richtete besonders an die Rechtsuchenden die Aufforderung, sich nicht zu leicht zu ihr Recht verfallenden Vergleichen bewegen zu lassen. Das Gewerbegericht solle ein Volksgericht sein und müsse ein solches werden. Zimmerer Stehr als Weisiger in der Kaufsammern nahm im Anschlusse hieran Gelegenheit, über seine Thätigkeit Bericht zu erstatten.

Eine gut besuchte Versammlung tagte bei Kelle, Schönhauser-Allee, in der Genosse Millarg referirte. Den interessanten Ausführungen des Referenten folgte eine ausgedehnte sachliche Diskussion. Von mehreren Rednern wurde betont, daß bisher die Erwartungen, die man bei Einführung des Gewerbegerichts begehrt, nicht eingetroffen sind. Als ein Fortschritt wurde es bezeichnet, daß das Gewerbegericht jetzt auch für Schiffer zuhanden sei. Von allen Rednern wurde aufgefordert, sich bei den Wahlen zu beteiligen und speziell dahin

